



Pensionskasse
für die
Deutsche Wirtschaft

vormals Pensionskasse der chemischen
Industrie Deutschlands

79. GESCHÄFTSBERICHT 2008

Kennziffern	2008	2007	2006
Bestandsentwicklung (Anzahl)			
- Aktive	54.317	51.970	49.561
- Rentner	13.932	13.660	13.393
- Gesamtbestand	68.249	65.630	62.954
<hr/>			
Beitragseinnahmen gesamt (TEuro)	51.080	48.516	47.475
<hr/>			
Rentenzahlungen (TEuro)	48.097	48.371	47.442
<hr/>			
Kapitalanlagen (TEuro)	1.190.725	1.145.364	1.090.750
<hr/>			
Kapitalerträge (TEuro)	60.848	56.847	56.273
<hr/>			
Rendite			
- BaFin	4,68 %	4,90 %	5,07 %
- Verbandsformel	4,09 %	4,27 %	4,45 %
<hr/>			
Bilanzsumme (TEuro)	1.220.553	1.173.292	1.122.207

Die mitgliederstärksten Kassenfirmen in alphabetischer Reihenfolge

- AMD Saxony LLC & Co. KG, Dresden
- AstraZeneca GmbH, Schwetzingen
- Basalt-Actien Gesellschaft, Linz/Rhein
- Dalli-Werke GmbH & Co. KG, Stolberg
- Deutsche BP AG, Bochum
- Erdöl-Raffinerie-Emsland mbH, Lingen
- Grünenthal GmbH, Aachen
- Haribo GmbH & Co. KG, Bonn
- Lemken GmbH & Co. KG, Alpen
- Merck KGaA, Darmstadt
- NTB North Sea Terminal Bremerhaven GmbH & Co., Bremerhaven
- Peek & Cloppenburg KG, Hamburg
- Procter & Gamble-Firmengruppe, Deutschland
- Renolit AG, Worms
- Siempelkamp Giesserei GmbH, Krefeld
- Süd-Chemie AG, München
- Textilhäuser F. Klingenthal GmbH, Paderborn
- TOTAL Raffinerie Mitteldeutschl. GmbH, Spergau
- Triumph International Holding GmbH, München
- X-FAB Semiconductor Foundries GmbH, Erfurt



Pensionskasse
für die
Deutsche Wirtschaft

vormals Pensionskasse der chemischen
Industrie Deutschlands

Wir trauern um Herrn
Dr. Heinz Foer

*10.04.1929 + 06.12.2008

Herr Dr. Foer war seit 1967 als Vorstandsmitglied tätig. Von 1974 bis 1979 war er Vorstandsvorsitzender unserer Pensionskasse. Von 1981 bis 1998 begleitete er die Geschäftstätigkeiten des Vorstands als Treuhänder. 1990 wurde er von der Mitgliederversammlung wegen seines außerordentlichen Engagements zum Ehrenmitglied unserer Pensionskasse ernannt.

Seine ehrenamtliche Tätigkeit in unserem Unternehmen war getragen von hohem Einsatz, objektiver und sachbezogener Zusammenarbeit und einer großen sozialpolitischen Verantwortung.

Er war ein guter Ratgeber und diente somit in hervorragender Weise unseren Mitgliedern.

In dankbarer Erinnerung
Vorstand, Aufsichtsrat und Mitarbeiter

Pensionskasse
für die Deutsche Wirtschaft
Duisburg

Unternehmensziele

Wirtschaftliches Ziel unserer Tätigkeit ist es, Mitgliedern und ihren Arbeitgebern eine effiziente, zielorientiert organisierte und ressourcenschonend durchgeführte Betriebliche Altersversorgung anzubieten.

- Wir erbringen qualifizierte Beratungsleistungen und erreichen finanzielle Ziele, eingebettet in die betrieblichen Abläufe und zum Nutzen unserer Mitgliedsunternehmen.
- Wir erweitern unsere Mitgliederbasis gezielt, um Größenordnungsvorteile zu realisieren und insbesondere in technikintensiven Bereichen die Qualität zu verbessern.
- Unsere Mitarbeiter arbeiten zielorientiert
 - zur Erfüllung der Mitglieder- und Unternehmensinteressen im Betreuungsbereich
 - zur Erzielung bestmöglicher Erträge in der Vermögensverwaltung
 - und in den internen Abteilungen als effiziente Dienstleister mittelbar oder unmittelbar im Interesse unserer Mitglieder und ihrer Arbeitgeber.
- Wir unterscheiden uns von Versicherungsunternehmen durch die Orientierung an betrieblichen Bedürfnissen, die Entwicklung von unternehmensindividuellen Versorgungsmodellen und das Fehlen eigener Gewinnerzielungsabsichten.
- Wir unterscheiden uns von Investmentgesellschaften durch eine Kapitalanlagepolitik, die auf eine jährliche Mindestverzinsung hin abzielt, und durch unsere Kernleistung, eine kollektiv ausgerichtete Rentenzahlung im Alter.

Inhaltsverzeichnis

Seite

-
- Gremien 4
 - Bericht des Vorstandes 5
 - Bericht des Aufsichtsrates 6
-

Umfeld

- Wir über uns 7
 - Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 8
 - Kapitalmarkt 9
 - Betriebliche Altersversorgung 11
-

Lagebericht

- Jahresüberschuss und Kapitalanlagen 14
 - Mitglieder, Leistungen und Beiträge 19
 - Organe und Verwaltung/Wirtschaftliche Lage 23
 - Risikobericht 24
-

Jahresabschluss 2008

- Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 32
 - Anhang 35
-

- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 46

Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Ulrich Fehring (Vorsitzender),
Kronberg

Michael Schmidt (stellvertretender
Vorsitzender), Mitglied des
Vorstandes der Deutsche BP AG,
Bochum

Dr. Heinrich Dageförde,
Neusäss

Hans Paul Frey,
Hauptgeschäftsführer des
Bundesarbeitgeberverbandes
Chemie e.V., Wiesbaden

Gerhard Geuder,
Mitglied des Vorstands der TRIUMPH
INTERNATIONAL AG, München

Detlef Grade,
Peek & Cloppenburg, Hamburg

Udo-Jürgen Hennig (bis 20.06.2008),
ehem. GF Deutsche ICI und
Uniqema, Emmerich

Uta Kemmerich-Keil (ab 20.06.2008),
Head of Corporate Finance,
Merck KGaA, Darmstadt

Olaf Klinger (bis 20.06.2008),
Chief Financial Officer
Merck Serono International S.A.,
Genf

Franz-Josef Knecht,
BP Refining & Petrochemicals GmbH,
Bochum

Volker Rau,
Alzenau

Axel Scholz,
Personalleiter National & International
Mitglied der erweiterten Geschäfts-
leitung der HARIBO GmbH & Co. KG,
Bonn

Klaas Uphoff (ab 20.06.2008),
Vice President Corporate Human
Resources, Grünenthal GmbH, Aachen

Wilfried Vielgraf,
Verlag W. Girardet KG,
Westdeutsche Zeitung, Wuppertal

Michael Walter (bis 20.06.2008),
Director Human Resources
Essex pharma GmbH, München

Vorstand

Bernd Walgenbach (Vorsitzender),
Düsseldorf

Andreas Fritz,
Oberhausen

Bericht des Vorstandes

Liebe Mitglieder,
sehr verehrte Damen und Herren,

das Geschäftsjahr 2008 war geprägt durch die weltweite Finanzmarktkrise, die für Anleger Verluste in bis dato unbekanntem Ausmaß verursacht hat. Anders als im letzten großen Krisenjahr 2002 sind für die Pensionskasse allerdings keine nennenswerten Schäden entstanden. Die verpflichtungsorientierte Kapitalanlage im Aktienbereich, verbunden mit einer frühzeitigen Reduzierung der Aktienquote, eine breite Streuung der Bankenrisiken über verschiedene Sicherungssysteme und ein vorsichtiger Umgang mit alternativen Anlageformen haben nachhaltige Verluste auf betragsmäßig kleinere Vermögensgegenstände beschränkt. Die Schwäche insbesondere deutscher Kreditinstitute und europäischer Großbanken im gegenwärtigen Marktumfeld wirft jedoch eine Reihe von Grundsatzfragen zur künftigen Kapitalanlage der Pensionskasse auf, denen wir uns im laufenden Jahr stellen müssen. Zunächst ist hier auf die Unsicherheit über Inflations- oder Deflationsrisiken der unmittelbaren Zukunft hinzuweisen. Der wirtschaftliche Einbruch in nahezu allen Volkswirtschaften stellt zunächst einmal im Basisszenario die Deflationsrisiken der 30er-Jahre nahezu spiegelbildlich dar.

Auf der anderen Seite wird das Deflationsrisiko zumindest kompensiert durch die Reaktion der Regierungen und Zentralbanken in den führenden Wirtschaftsnationen, die durch massive staatliche Interventionen zu einem sprunghaften Anstieg der Zentralbank-Geldversorgung geführt haben. Zu Beginn des Jahres 2009 ist damit offen, ob die damit verbundenen Inflationsrisiken oder die vom

realwirtschaftlichen Umfeld ausgehenden Deflationsorgen die kommenden Monate auf den Finanzmärkten prägen werden.

Klar ist nur, dass weltwirtschaftlich eine der schwierigsten Rezessionen der letzten Jahrzehnte im Gange ist und dass bisher keine Signale erkennbar sind, die auf ein frühes Ende dieser Entwicklung hindeuten.

Mit Blick auf diese Entwicklung ist das gegenwärtige Handeln der Pensionskasse von der Vermeidung zusätzlicher Risiken in der Kapitalanlage geprägt, ohne dass wir die langfristig ausgerichtete Kapitalanlagepolitik der vergangenen Jahre verlassen wollen.

Erleichtert wird dieses Vorgehen dadurch, dass die Pläne der europäischen Kommission für eine Einbeziehung der Pensionskassen in das Solvency-II-Projekt im letzten Geschäftsjahr gestoppt wurden. Auf diese Entscheidung haben wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln hingewirkt und freuen uns über diese Entwicklung. Sie erleichtert uns, dass wir die Pensionskasse derzeit stärker auf Sicht fahren können und nicht mehr angehalten sind, langfristige Anlageentscheidungen über 20 bis 30 Jahre hinweg zu treffen.

Insgesamt hat sich das vielfach als angestaubt skizzierte deutsche Pensionskassenmodell mit der Orientierung am Vorsichtsprinzip und einer langfristigen Bilanzierung gegenüber den aggressiven und in Boomphasen ertragreicheren Anlageformen wie Contractual Trust Agreements und Pensionsfonds eindrucksvoll als belastbar herausgestellt.

Die Mitglieder- und Beitragszahlen unserer Pensionskasse im abgelaufe-

nen Geschäftsjahr belegen deutlich die Attraktivität unserer Pensionskasse. Die häufig auf Entgeltumwandlung beruhenden Beiträge sind gegenüber dem Vorjahr trotz der zunehmenden Finanzkrise deutlich angestiegen. Unsere zurückhaltende Einstellung zu Altersteilzeitkonten und Vorruhestandsfinanzierungen hat die Allokation von Zeit und Geld der Mitglieder auf tarifpolitische Wunschvorstellungen, die angesichts der Finanzkrise auf absehbare Zeit nicht finanzierbar sein dürften, vermieden.

Soweit tarifliche Ansprüche – etwa im Bereich der demografischen Entwicklung – von den Tarifvertragsparteien vereinbart wurden, werden wir uns bei unseren Mitgliedsunternehmen im laufenden Geschäftsjahr um eine Verwendung für die Altersversorgung bemühen.

Durch die Attraktivität unseres Kerngeschäfts – einer effizienten, transparenten und kostengünstig durchgeführten betrieblichen Altersversorgung im Interesse von Trägerunternehmen und Mitgliedern – gehen wir deutlich gestärkt aus dem Geschäftsjahr 2008 hervor. Den Herausforderungen der kommenden Monate sehen wir daher mit Gelassenheit entgegen.

Wir bedanken uns bei unseren Versicherten und Mitgliedsunternehmen für das entgegengebrachte Vertrauen im Jahr 2008 sowie bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte Zusammenarbeit.

Duisburg, 13. März 2009

Der Vorstand

Bernd Walgenbach
Andreas Fritz

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat wurde während des abgelaufenen Geschäftsjahres in drei ordentlichen Sitzungen über die Lage und Geschäftsentwicklung der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft informiert. Er hat sich durch den Vorstand ausführlich unterrichten lassen und auf Basis schriftlicher und mündlicher Informationen die Geschäftsführung überwacht. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise wurden über das vierteljährliche Reporting an den Aufsichtsrat und darüber hinaus in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorstand und dem Aufsichtsratsvorsitzenden diskutiert.

Mit Beendigung der Mitgliederversammlung am 20.06.2008 schieden die Herren Olaf Klinger, Udo-Jürgen Hennig und Michael Walter aus dem Aufsichtsrat aus. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Frau Uta Kemmerich-Keil und Herr Klaas Uphoff.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 und der Lagebericht sind durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Köln geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses steht allen Mitgliedern des Aufsichtsrates zur Verfügung. Der Wirtschaftsprüfer hat dem Aufsichtsrat in der Sitzung vom 23.04.2009 ausführlich persönlich über seine Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Ergebnis der Prüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft an.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Jahresabschluss in der vorliegenden Form festzustellen und dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Wir danken an dieser Stelle den im abgelaufenen Jahr ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrates für die erfolgreiche Zusammenarbeit.

Duisburg, 23. April 2009

Der Aufsichtsrat

Ulrich Fehring

Wir über uns

An dieser Stelle unseres Geschäftsberichtes berichten wir über geschäftspolitische Überlegungen, die uns im abgelaufenen Jahr beschäftigt haben. Wir informieren damit Mitglieder und Kassenfirmen über die Ausrichtung unserer Pensionskasse.

Im vergangenen Jahr war eines unserer wesentlichen Beschäftigungsfelder die Einführung von Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk), die uns praktisch das ganze Jahr beschäftigt haben.

Im Zuge der Neuordnung und Harmonisierung der europäischen Versicherungsaufsicht werden zum einen quantitative Vorschriften überarbeitet. Hierzu haben wir unter dem Stichwort Solvency II bereits an anderer Stelle ausführlich berichtet. Zum anderen werden qualitative Vorschriften für die Durchführung des Geschäftsbetriebes in Analogie zum Bankwesen konzipiert und regulatorisch umgesetzt. Hinter diesem Vorgehen verbirgt sich die Vorstellung, dass der Staat die Sicherheit der beaufsichtigten Unternehmen durch Definition von Mindestanforderungen zum Umgang mit bestimmten Risiken erhöhen könne. Hierzu gehören beispielsweise die Trennung von Arbeitsabläufen in separate Aufgabenbereiche (Frontoffice/Backoffice) oder Vorschriften zur Behandlung bestimmter Risiken (versicherungstechnisches Risiko/Langlebigkeit).

Wie im Bereich der quantitativen Vorschriften sehen wir auch bei den qualitativen Vorgaben viele Aspekte des regulatorischen Vorgehens kritisch. Zwar wirken Mindestanforderungen auf den ersten Blick unproblematisch, da sie scheinbar nur das unabdingbar notwendige Vorgehen fixieren. In der Praxis setzt der Gesetzgeber allerdings mit der Definition von Mindestanforderungen Standards,

bei deren Erfüllung das Management grundlegend für darüber hinausgehende Risikovorsorge unter Rechtfertigungsdruck gestellt wird. Auch führt die Vorgabe von bestimmten Risikokategorien über formale Festlegungen hinaus zu einer bestimmten Definition von Risiken, die möglicherweise das wirtschaftlich relevanteste Risiko in den Hintergrund schieben. So hat sich etwa im Bankenbereich ein wenig beachtetes Risiko, das Risiko der Fehleinschätzung von Ratings, bei strukturierten Anleihen als entscheidend herausgestellt.

Im Rahmen des öffentlichen Anhörungsverfahrens zu den MaRisk haben wir darauf hingewiesen, dass seitens des Gesetzgebers Risikovorsorge für bestimmte kleinere Risiken explizit vorgeschrieben wird – für das volumenmäßig größte Risiko einer Pensionskasse, das Auseinanderlaufen von Aktiv- und Passivseite, aber jedwede Vorstellungen über Risikobewertung und Risikotragfähigkeit fehlen. Durch diese Inkongruenzen drohen Fehlallokationen im Risikomanagement und das Übersehen von Risiken außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Risikokategorien.

Im Mittelpunkt der Beschäftigung der Pensionskasse mit den MaRisks standen die vorgeschriebene explizite Vergabe von Risikolimiten und die Zuordnung der Risikotragfähigkeit der Pensionskasse zu diesen Limiten.

Wir haben die schwierig zu beantwortende Frage, was Risikotragfähigkeit bei einer regulierten Pensionskasse ist und wie sich die daraus resultierenden Limite ergeben, durch Abstellen auf unsere Wertschöpfungskette gelöst. Danach ist es zentrale Aufgabe der Pensionskasse, die versprochenen Leistungen tatsächlich zu erbringen.

Die Pensionskasse hat als zentrales Risikolimit für ihre Wertschöpfungskette festgelegt, dass die Erträge aus dem Portfolio an festverzinslichen Wertpapieren ausreichen, um die tarifgemäße Verzinsung für das laufende Jahr zu erwirtschaften. Die weiteren im Bestand der Pensionskasse vorhandenen Risiken werden dann auf Mehrerträge oder stille Reserven im Bestand der Pensionskasse abgestellt.

Hinsichtlich des Aktiv-Passiv-Risikos haben wir uns im Jahr 2008 dafür entschieden, eine Steuerung des Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren anhand einer Durationskennziffer vorzunehmen. Bereits 2009 haben wir dieses Vorgehen allerdings ausgesetzt, da die gegenwärtige Bonitätskrise andere Aspekte als die Durationssteuerung von Wertpapieren in den Vordergrund gerückt hat.

Auf komplexe finanzmathematische Berechnungen (Value at Risk) haben wir nach fast zweijähriger intensiver Beschäftigung mit diesem Thema im Laufe des Jahres 2008 verzichtet. Der Mehrwert derartiger Berechnungen ist angesichts der hohen Abhängigkeit von definitorischen Fragen – insbesondere mit Blick auf die Passivseite – aus unserer Sicht zu niedrig. In dieser Entscheidung fühlen wir uns durch die Eskalation der Kreditkrise im vierten Quartal 2008 eindeutig bestätigt. Statt der Zeitwerte legen wir unserer Risikosteuerung HGB-Annahmen zugrunde. Damit reduzieren wir die Volatilität der Risikosteuerung und kommen zu langfristig planbareren Entscheidungen. Über die Erfahrungen mit diesem Risikolimitsystem werden wir unsere Aufsichtsgremien und Mitgliederversammlungen auch in den folgenden Jahren informiert halten.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2008 war geprägt durch eine im Jahresverlauf immer stärker an Bedeutung gewinnende Finanzmarktkrise. Dabei wurde zunehmend deutlich, dass sich aus der Krisensituation auf dem amerikanischen Hypothekemarkt analog der Vorgänge in den Jahren 1929/1930 eine weltweite, gravierende Konjunkturkrise entwickelt. Die Geschwindigkeit, mit der diese Veränderung sich vollzieht, war dabei im Vergleich zu den Krisen der vergangenen Jahrzehnte ungewöhnlich schnell. Zwischen den einzelnen Regionen sind nur leichte Ausprägungsunterschiede zu beobachten.

In Deutschland markiert das Jahr 2008 das Auslaufen der konjunkturellen Hochphase der vergangenen beiden Jahre. Bis in den Herbst hinein war die Entwicklung in Deutschland noch von einem Abbau der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr geprägt. Erst mit den von der Pleite des Bankhauses Lehman im September ausgehenden Schockwellen veränderte sich auch in Deutschland die Situation schlagartig negativ. Zum 30.06.2008 lag die Arbeitslosigkeit mit 3,159 Mio. noch um 528.000 unter den Vorjahreszahlen. Zum 31.12.2008 verlangsamte sich der Abbau der Arbeitslosenzahlen und kam im ersten Quartal 2009 zum Stillstand. Am gravierendsten in Deutschland war jedoch der Anstieg der Kurzarbeit in den vergangenen Monaten. So stieg die Anzahl der Kurzarbeiter zwischen dem 30. September 2008 und dem 31. Januar 2009 von 49.965 auf 290.600 Mitarbeiter.

International war die konjunkturelle Wende bereits im Jahre 2007 eingetreten. Zwischenzeitlich ist klar, dass auf weltweiter Basis das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2009 erstmalig negativ ausfallen wird. Neben den bereits seit längerem darnieder liegenden nordamerikanischen und mitteleuropäischen Märkten sind nunmehr auch die bisherigen Wachstumsregionen in Südostasien von dem wirtschaftlichen Einbruch betroffen. Ausgangspunkt der Krise und am stärksten betroffen sind unverändert die USA. Hier hat sich das Wachstum im Jahr 2008 auf 1,1% reduziert. Die Arbeitslosenquote ist von 5,0% Anfang 2007 auf 7,2% Anfang 2009 angestiegen.

Im Inflationbereich hat die Finanzmarktkrise Anfang 2009 eine positive Wende ausgelöst. Die leicht inflationären Tendenzen des Jahres 2007 kamen zum Jahresende 2008 abrupt zum Stillstand. Bedingt durch die starken Bankenrisiken macht sich zum Jahresende zunehmend Deflationsdruck bemerkbar. Die Inflationsrate fiel in Deutschland im Monatsvergleich von Dezember 2008 auf Januar 2009 um 0,5%. Auch international ist die Inflation spürbar auf dem Rückmarsch. So betrug die Inflationsrate in den USA im Dezember 2008 nur noch 0,1%.

Weltweit ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von der zur allgemeinen konjunkturellen Krise ausgewachsenen Finanzmarktkrise geprägt. Nach den Lehren aus den Krisen der 30er-Jahre steht dabei die Zentral-

bankpolitik im Vordergrund. Anders als zu Beginn der 30er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts wollen die Zentralbanken eine deflationäre Rezession durch eine entschlossene Ausweitung der Zentralbankgeldmenge bekämpfen. Die Zentralbankbilanzen sind daher im Verlaufe des Jahres 2008 nahezu weltweit deutlich angestiegen und machen zwischenzeitlich bis zu 7% der Bruttoinlandsprodukte der betroffenen Länder aus. Dies wirkt sich auf den Finanzmärkten in Form von starken Zinssenkungen aus. Die kurz- bis mittelfristigen Zinsen haben zwischenzeitlich das Niveau der Jahre 2005/2006 deutlich unterschritten und bewegen sich vielfach auf einem Allzeit-Tief.

Kurzfristig stellt sich für alle Marktteilnehmer die Frage, ob es den Zentralbanken gelingt, mit diesen Aktivitäten die weltweite Konjunkturkrise einzudämmen.

Mittelfristig wird sich aufgrund der starken Ausweitung der Zentralbankgeldmengen bei einem erfolgreichen Krisenbekämpfungsszenario unmittelbar die Frage nach der Bekämpfung der Inflationsrisiken stellen.

Die Pensionskasse beachtet im aktuellen Umfeld sehr zeitnah das Geschehen der Weltwirtschaft, um daraus für die Kapitalanlagepolitik notwendige Weichenstellungen abzuleiten. Dabei steht die Frage der weiteren Geldwertentwicklung im Zentrum unseres Interesses.

Kapitalmarkt

Auf den internationalen Kapitalmärkten kam es im Jahr 2008 zu einer der schwersten Finanzmarktkrisen seit Jahrzehnten. Ausgehend von der schwelenden US-Subprime-Krise wurden im Jahresverlauf immer mehr Marktsegmente in einen Abwärtssog gezogen. Mitte September kulminierte diese Entwicklung in der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers.

Auf den Aktienmärkten kam es zu Kursrückgängen, die vielerorts die gravierendsten seit den 30er-Jahren waren. In den USA betrug der Kursrückgang gemessen am S&P 500 –38,5%, in Deutschland (DAX30) –40,3% und in Europa (EuroStoxx50) –44,7%. Neben den traditionellen Aktienmärkten in den westlichen Industrieländern kam es auch in den Emerging-Markets-Staaten weltweit zu ähnlich gelagerten Kurseinbrüchen. Hier waren die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Weltwirtschaft und insbesondere auch auf die Rohstoffmärkte für die negative Entwicklung verantwortlich.

Auf den Rohstoffmärkten, auf denen deutsche Pensionskassen traditionell nur in geringem Umfang investiert sind, markierte das Jahr 2008 ebenfalls einen Einbruch nach einer mehrjährigen Aufwärtsentwicklung. Betroffen waren neben dem Rohöl, das sich von einem Höchstpreis von über 140 \$ je Barrel auf unter 40 \$ je Barrel binnen weniger Monate mehr als drittelte, auch die Preise für Metalle und Nahrungsmittel. Einzig die Edelmetalle konnten in ihrer

Funktion als „sicherer Hafen“ positive Wertentwicklungen ausweisen.

Auf den Rentenmärkten verlief die Entwicklung je nach Risikogehalt der Anlagen äußerst unterschiedlich. In einem im Jahresverlauf immer kleiner werdenden Bereich besonders bonitätsstarker Anleihen machte sich ähnlich wie bei den Edelmetallen im Jahresverlauf zunehmend die Risikoaversität der Anleger bemerkbar. Insbesondere bei Anleihen der Bundesrepublik Deutschland, der französischen Republik und dem Königreich der Niederlande in Europa, aber auch bei US-Staatsanleihen kam es durch verstärkte Nachfrage zu stark steigenden Kursen und damit deutlich sinkenden Zinsen. Dies gipfelte zum Jahresende hin in einer Entwicklung, in der Anleger bereit waren, kurzfristige Staatsanleihen auch ohne Zinsertrag in ihre Portfolios zu nehmen, nur um den nominalen Wert der Anlagen zu erhalten. Dieses Niedrigzinsumfeld wurde von den Zentralbanken gefördert, die in immer größerem Umfang und mit sich seit Jahresmitte ständig senkenden Zentralbankzinssätzen um eine ausreichende Geldversorgung und attraktive Refinanzierungsmöglichkeiten für Kreditinstitute bemüht waren.

Investoren, die ausschließlich in Staatsanleihen investiert waren, konnten im Jahresvergleich annähernd zweistellige Renditen in ihren Portfolios verdienen.

Gänzlich anders sah die Welt eines Anlegers aus, der auf den internatio-

nen Rentenmärkten risikobehafteter investierte. Risikoaufschläge in allen Marktsegmenten erhöhten sich im Jahresverlauf unabhängig von der Risikoquelle und der zugrunde liegenden Risikostruktur gravierend. Am stärksten war diese Entwicklung bei strukturierten ABS-Papieren, nachrangigen Finanzanleihen und High-Yield-Anleihen im Unternehmens- und im Emerging-Markets-Bereich. Hier kam es auch bei sehr gut gerateten Wertpapieren im Jahresverlauf zu zweistelligen Wertverlusten. Die Renditen vieler Anleihen des Investmentgrade-Bereichs wurden zweistellig. Diese Entwicklung hatte zwei Ursachen.

Zum einen kam es im Jahr 2008 zu einem fundamentalen Vertrauensverlust in die Fähigkeit von Ratingagenturen, die Risikobehaftetheit einzelner Assets zutreffend darzustellen. Maßgeblich verantwortlich für diese Entwicklung waren die Wertverluste im Bereich der strukturierten ABS-Anlagen. Hier hatten die Rating-Agenturen offenkundig die Risikobehaftetheit einzelner Anlagen fundamental unterschätzt. Bei der Analyse der Ursachen dieser Entwicklung traten in nicht unerheblichem Umfang Interessenskonflikte zutage, die weltweit zu einer stärkeren Regulierung von Rating-Agenturen führen werden.

Zum anderen entwickelte sich auch die Bonität von zu Jahresbeginn ursprünglich bonitätsstarken Schuldnern im Jahresverlauf zunehmend kritisch. Dies traf insbesondere auf das internationale Bankensystem zu.

Kapitalmarkt

Bei vielen national und international tätigen Großbanken ist es aufgrund zu hoher Risikobereitschaft und einer auf formale Vorschriften und Ratings abstellenden Risikomanagementpolitik zu Vermögensverlusten in einem bisher nur in Kriegsjahren aufgetretenen Umfang gekommen. Neben der Kapitalanlage in strukturierten Produkten waren hierfür auch Übernahmefinanzierungen und fehlgeschlagene Handelsstrategien mit verantwortlich. Aus deutscher Sicht traten die höchsten Verluste bei Finanzinstituten auf, die über kein dauerhaft belastbares Geschäftsmodell verfügten, weil sie sich im Staatsbesitz oder unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle befanden.

Lokal tätige Kreditinstitute und Privatbanken mit belastbaren Geschäftsmodellen konnten sich der Krise zwar ebenfalls nicht entziehen, waren aber in deutlich geringerem Umfang von den Verlusten betroffen.

Neben den strukturierten Krediten und Bankanleihen waren aber auch alle anderen risikobehafteten Anleiheformen von den Ausweitungen der Risikoaufschläge betroffen.

Bei Unternehmensanleihen und Emerging-Market-Bonds spielte die Ansteckung der Realwirtschaft von den zunächst finanzwirtschaftlichen Vorgängen eine wesentliche Rolle. Bei den Anleihen von Staaten mit einer hohen Abhängigkeit vom Finanzdienstleistungsgewerbe waren es im Jahresverlauf die großen Anforderungen aus den Stützungsaktionen für die lokalen Kreditinsti-

tute, die die Bonität der Heimatländer beeinträchtigten.

Die Rendite in den von Kreditrisiken geprägten Anlageformen war durchgängig negativ. Anleihen in Emerging-Market-Bonds oder Unternehmensanleihen verbuchten vielfach Verluste von rd. 20% des Wertes. Bei bonitätsstärkeren Portfolios wogen sich die Effekte aus einer Ausweitung der Risikoaufschläge und einer Senkung der risikofreien Zinsen häufig aus, sodass diese Portfolios verlust-, aber auch ertragslos blieben. Am gravierendsten waren die Verluste in Portfolios strukturierter Papiere unterhalb des AAA-Bereichs. Hier kam es nach unseren Beobachtungen in der Spitze zu Wertverlusten zwischen zwei Dritteln und 95% des Nominalvolumens.

Stark unter dem Einfluss der Finanzmarktkrise stand auch die Währungsentwicklung im abgelaufenen Jahr. In diesem Marktsegment sind Pensionskassen typischerweise nicht stark engagiert. Dennoch brachte das abgelaufene Jahr einige auch für unsere Kapitalanlagepolitik bemerkenswerte Veränderungen mit sich. Der US\$ beendete seine mehrjährige Schwächephase und drehte zum Ende des Jahres 2008 erstmalig wieder in den positiven Bereich. Hierfür verantwortlich ist die Einschätzung vieler Investoren, dass es den USA frühzeitiger gelingen wird, die internationale Finanzmarktkrise hinter sich zu bringen als andere Länder. In Europa kam es zu Währungsschwankungen vergleichbar mit der Ent-

wicklung auf den Rentenmärkten. Die Wertentwicklung von Schweizer Franken, Euro, britischen Pfund und osteuropäischen Währungen entwickelten sich analog der Bonitätseinschätzung ihrer Heimatländer.

Insgesamt brachte das vergangene Jahr eine historisch bisher noch nicht beobachtete Korrelation der Entwicklung auf verschiedenen Segmenten des Kapitalmarktes an den Tag. Die Ursachen hierfür dürften wesentlich in den Strukturen der globalisierten Finanzindustrie und den ihnen zugrunde liegenden wissenschaftlichen Theorien zu finden sein. Es bleibt abzuwarten, welche Antworten die politischen Bemühungen um die Stabilisierung der Finanzmarktsituation im Jahre 2009 zu den aufgetretenen Herausforderungen entwickeln werden.

Betriebliche Altersversorgung

In der Betrieblichen Altersversorgung (BAV) ist rückblickend zum Jahr 2008 auf folgende Themen einzugehen:

Begriff der Betrieblichen Altersversorgung

Gesetzgeber und Rechtsprechung thematisierten die Abgrenzung der Betrieblichen Altersversorgung von anderen Leistungen gleich zweimal zum Jahresende 2008: Mit dem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom 28.10.2008 sowie mit dem am 13.11.2008 im Bundestag verabschiedeten „Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen und zur Änderung anderer Gesetze“ (kurz „Flexi-II-Gesetz“).

Das Bundesarbeitsgericht stellte in seinem Urteil zur Unverfallbarkeit bestimmter Arbeitgeberleistungen fest, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, sodass Betriebliche Altersversorgung vorliegt. Hierzu muss der Arbeitgeber die Zusage aus Anlass eines Arbeitsverhältnisses erteilt haben; die Leistungspflicht muss nach dem Inhalt der Zusage durch ein im Betriebsrentengesetz genanntes biologisches Ereignis eintreten (Alter, Invalidität oder Tod) und die zugesagte Leistung muss einem Versorgungszweck dienen. Hierbei spielt es keine Rolle, aus welchen Gründen und aus welchem Anlass die Versorgungsleistung versprochen wurde.

Eine klare Trennung zwischen Betrieblicher Altersversorgung und Wertkonto beschreibt das Flexi-II-Gesetz. Für neue, nach dem 13.11.2008 abgeschlossene Wertguthabenvereinbarungen, besteht keine Möglichkeit mehr, Wertguthaben beitragsfrei in Betriebliche

Altersversorgung zu überführen. Aus der Gesetzesbegründung hierzu heißt es, dass Wertguthaben entgegen der gesetzlichen Intention ausschließlich zur Überführung in die Betriebliche Altersversorgung genutzt wurden und sich so ein massiv beworbenes Modell mit erheblichen Beitragsausfällen in der Sozialversicherung entwickelt habe. Durch die gesetzliche Trennung stellt der Gesetzgeber klar, dass Wertkonten zwar eine attraktive Möglichkeit darstellen, einen Baustein für eine finanziell abgesicherte Freistellungsphase zu erwerben, jedoch eine solide Grundsicherung durch die Betriebliche Altersversorgung Vorrang haben sollte. Der Gesetzgeber untermauerte diese Rangfolge insbesondere mit der generellen Verbeitragung der Leistungen aus Wertkontenmodellen auch im Falle des Einbringens von Einkommensteilen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Der Versorgungsausgleich in der Betrieblichen Altersversorgung

Ein weiteres Merkmal für die gestiegene Bedeutung der Betrieblichen Altersversorgung in Bezug auf die Sicherung des Lebensstandards im Alter ist, dass der Gesetzgeber mit dem Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs eine gerechtere Aufteilung von Versorgungsanwartschaften im Rahmen eines Scheidungsverfahrens vorsieht. Das Gesetz wird am 01.09.2009 in Kraft treten.

Den Hauptpunkt der Veränderung stellt der Wechsel vom Einmalausgleich, der alle Versorgungsansprüche zu einem internen Ausgleich jeder Versorgung dar. Grundsatz

dabei ist der Ausgleich jeder Anwartschaft eines Ehegatten direkt beim Versorgungsträger zugunsten des anderen Ehegatten im Wege der sogenannten Realteilung. Für den ausgleichsberechtigten Ehegatten wird bei dem Versorgungsträger ein eigenes Anrecht begründet. Demnach entsteht für die meisten Durchführungswege ein neuartiges Vorgehen. Ausgleichsberechtigte Ehegatten, die nie im Arbeitsverhältnis zum Arbeitgeber standen, erhalten von diesem nun einen Anspruch auf Betriebliche Altersversorgung. Lediglich einige Pensionskassen – wie die PKDW – führen den nun umgesetzten Weg bereits seit Jahren erfolgreich durch. Diese Art des Ausgleichs ermöglicht eine kostenneutrale Aufteilung der Anwartschaften, unabhängig von Anrechten aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Im Gegensatz zur bisherigen Regelung des Versorgungsausgleichs werden zukünftig alle Ansprüche (bei betrieblichen Anrechten sowohl zugesagte Renten- als auch Kapitalzahlungen) in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der Scheidung möglichst abschließend aufgeteilt. Eine Verlagerung des Ausgleichs auf den Zeitpunkt des grundsätzlich späteren Rentenbeginns ist damit ausgeschlossen. Bei Ehen von bis zu zwei Jahren sowie bei Bagatellanrecht wird auf den Versorgungsausgleich verzichtet.

Die Bilanzierung der Betrieblichen Altersversorgung

Die Bundesregierung hat am 21.05.2008 den Gesetzesentwurf zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vorgelegt. Das Gesetz soll zum einen die Unterneh-

Betriebliche Altersversorgung

men von vermeidbarem Bilanzierungsaufwand entlasten, zum anderen soll es den Informationsgehalt handelsrechtlicher Jahresabschlüsse verbessern. Insgesamt soll dadurch eine Annäherung an die International Financial Reporting Standards (IFRS) hergestellt werden.

Der Einfluss des BilMoG auf die Betriebliche Altersversorgung besteht in der veränderten Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen aus Direktzusagen. Versorgungseinrichtungen wie Pensionskassen, Pensionsfonds und Unterstützungskassen und über diese finanzierte Zusagen werden vom BilMoG kaum erfasst. Hier gelten bezogen auf die Aktiv- und Passivseite der Bilanz Spezialvorschriften, insbesondere das VAG. Nach dem Entwurf des BilMoG wird bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen eine laufzeitabhängige Betrachtung des Marktzinssatzes als Durchschnittswert über einen Zeitraum von sieben Jahren festgelegt. Bei Renten kann hierbei von einer durchschnittlichen Laufzeit von 15 Jahren ausgegangen werden.

Die anzuwendenden Abzinsungssätze werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt und veröffentlicht. Weitere Bewertungsänderungen ergeben sich durch die geplante Berücksichtigung von Gehalts- und Rententrends. Bezüglich des zu verwendenden Bewertungsverfahrens wird durch das BilMoG dabei weder die Projected Unit Credit-Methode gemäß IFRS- und FAS-Richtlinien noch das Teilwertverfahren festgeschrieben.

Durch die o.g. Bewertungsänderungen der Pensionsverbindlichkeiten werden Erhöhungen der Pensionsrückstellungen bestandsabhängig

von bis zu 50% erwartet. Die durch die Umstellung des Bewertungsverfahrens resultierende Zuführung kann dann ab Umstellung über maximal 15 Jahresabschlüsse verteilt werden.

Da das BilMoG steuerlich nicht begleitet wird, haben Unternehmen ab dem Jahr 2010 auf jeden Fall zwei Bewertungsansätze für ihre Pensionsverbindlichkeiten zu ermitteln: Den steuerlichen und den handelsbilanziellen Ansatz. Die handelsbilanzielle Bewertung wird den bisher nicht international bilanzierenden Unternehmen den realistischeren Verpflichtungsumfang ihrer Direktzusagen aufzeigen.

Die Zillmerung in der Betrieblichen Altersversorgung

Die Abschlusskosten und einhergehende Zillmerung in der Betrieblichen Altersversorgung wurden im Jahr 2008 durch mehrere Gerichtsurteile zu einem Themenschwerpunkt mit Brisanz.

Im Wege der Zillmerung werden die Forderungen auf Ersatz der geleisteten, einmaligen Abschlusskosten einzelvertraglich bis zur Höhe des Zillmerungssatzes ab Versicherungsbeginn aus den ersten gezahlten Beiträgen gedeckt. Damit werden dem Versicherungsnehmer zu Beginn des Versicherungsvertrages die Abschlusskosten sofort in maximaler Höhe belastet. Der Aufbau des Deckungskapitals erfolgt erst anschließend.

Das Verfahren der Zillmerung in Bezug auf die Abschlusskosten bei Entgeltumwandlung wurde in jüngerer Zeit durch mehrere Gerichte untersucht. Das Landesarbeitsgericht München hatte am 15.03.2007 die

Unzulässigkeit der Entgeltumwandlungsvereinbarung insbesondere damit begründet, dass die Zillmerung nicht vereinbar sei mit dem gesetzlichen Gebot der Wertgleichheit, die Zillmerung stelle eine unangemessene Benachteiligung des Arbeitnehmers dar und sie verstoße gegen den Grundgedanken der Portabilität.

Das Landesarbeitsgericht Köln hingegen hatte am 22.08.2008 keine Unwirksamkeit der Entgeltumwandlungsvereinbarung aufgrund der Zillmerung im Fall eines Personalverantwortlichen erkennen können.

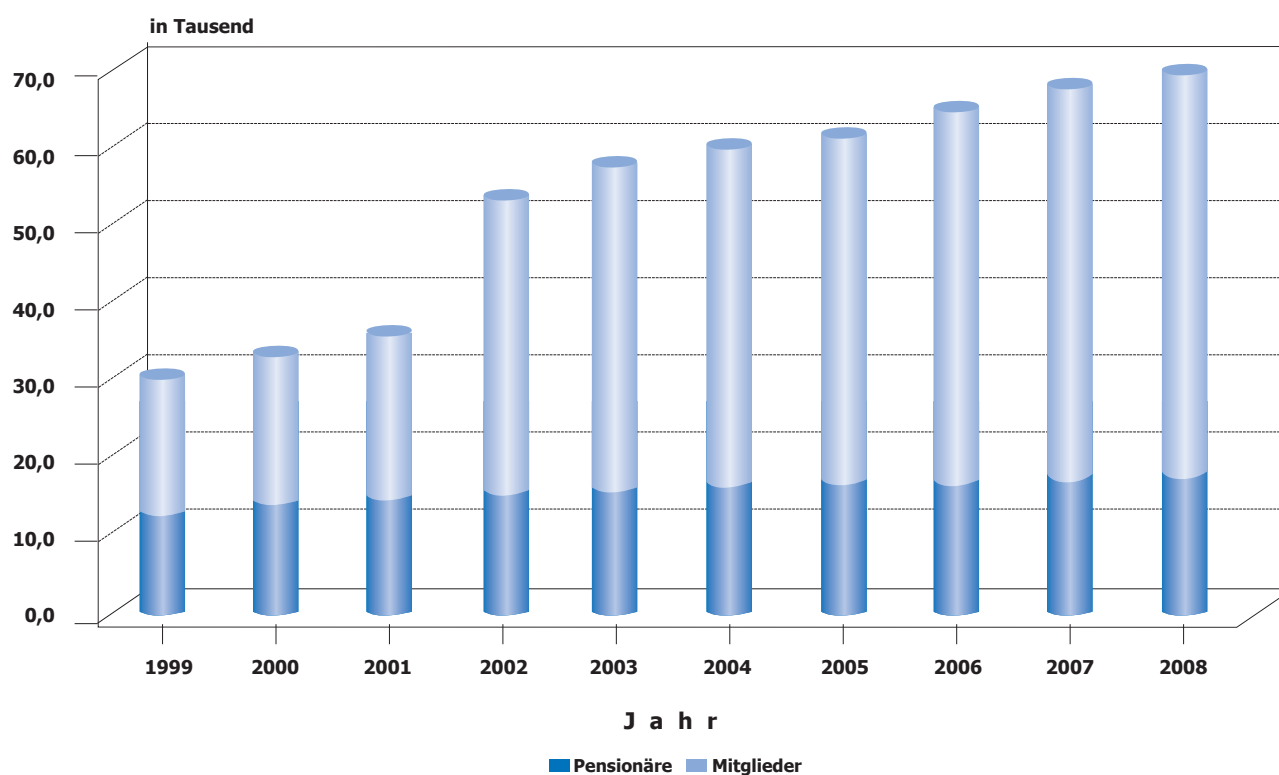
Mit der Revision gegen das Münchener Urteil hätte es die Möglichkeit einer letztinstanzlichen Entscheidung durch das Bundesarbeitsgericht geben können. Die Revision wurde jedoch kurz vor der mündlichen Verhandlung zurückgezogen. Gründe werden wohl die früheren Veröffentlichungen und Kommentierungen des Vorsitzenden Richters gewesen sein, der die Zulässigkeit von gezillmerten Tarifen bei Entgeltumwandlungen in Frage gestellt hat.

In Summe bleibt festzuhalten, dass das Risiko für Arbeitgeber, die zur Umsetzung ihrer Betrieblichen Altersversorgung auf gezillmerte Tarife zurückgreifen, zumindest bis zur Klärung durch das Bundesarbeitsgericht darin besteht, dass ausscheidende Mitarbeiter den jeweiligen Differenzbetrag zwischen Einzahlungssumme und Rückkaufswert evtl. einzulagern werden.

Im Jahr 2008 hat das Interesse an Betrieblicher Altersversorgung in Gesetzgebung, Rechtssprechung und Anwendung erneut zugenommen. Dabei zeichnen sich weitere positive Entwicklungen für die kapitalgedeckte Altersversorgung ab.

Betriebliche Altersversorgung

Entwicklung der Personenzahl der Pensionäre und Mitglieder seit 1999



Jahr	Mitglieder		Pensionäre		Gesamt Anzahl
	Anzahl	%-Anteil	Anzahl	%-Anteil	
1999	17.413	61,47	10.913	38,53	28.326
2000	18.844	62,44	11.336	37,56	30.180
2001	22.461	65,72	11.718	34,28	34.179
2002	38.430	76,05	12.104	23,95	50.534
2003	42.696	77,50	12.399	22,50	55.095
2004	45.092	77,84	12.835	22,16	57.927
2005	46.174	77,81	13.166	22,19	59.340
2006	49.561	78,73	13.393	21,27	62.954
2007	51.970	79,19	13.660	20,81	65.630
2008	54.317	79,59	13.932	20,41	68.249

Jahresüberschuss und Kapitalanlagen

Die Aufgliederung des Jahresabschlusses zeigt, dass der Bruttoüberschuss von 5,5 Mio. € (Vorjahr 14,0 Mio. €) mit 2,8 Mio. € (Vorjahr 7,2 Mio. €) aus dem Kapitalanlageergebnis, mit 1,9 Mio. € (Vorjahr 1,5 Mio. €) aus dem Verwaltungskostenergebnis, mit 3,3 Mio. € (Vorjahr 2,6 Mio. €) aus dem Risikoergebnis und mit –2,5 Mio. € (Vorjahr +2,7 Mio. €) aus dem sonstigen Ergebnis stammt. Der Bruttoüberschuss setzt sich bilanziell aus dem Jahresüberschuss 0,3 Mio. € (Vorjahr 2,5 Mio. €) und der Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung 5,2 Mio. € (Vorjahr 11,5 Mio. €) zusammen.

In einer Reihe von Bilanzpositionen haben wir im abgelaufenen Jahr Wertberichtigungen vorgenommen. So haben wir unsere Publikumsfonds unabhängig von der Assetklasse auf den aktuellen Zeitwert gebracht, da wir auf diese Anlageform keinen Einfluss ausüben können. Der daraus resultierende Ergebniseffekt betrug 2,5 Mio. €. Bei einem Spezialfonds haben wir eine Abschreibung von 1,3 Mio. € vorgenommen, um diesen auf den dauerhaften Wert anzupassen. Im Bereich der Aktien und Beteiligungen im Direktbestand haben wir rd. 0,5 Mio. € Abschreibungen vorgenommen und auf festverzinsliche Wertpapiere 2,4 Mio. € wertberichtigt. Davon entfiel ein Teilbetrag von 0,2 Mio. € auf die Insolvenz einer amerikanischen Bank.

Nach Wertschöpfungsbereichen stammt das Ergebnis auch weiterhin

mit 46,2 Mio. € (Vorjahr 49,4 Mio. €) überwiegend aus Kapitalanlagen. Die Wertschöpfung im Versicherungsbereich stieg auf 6,4 Mio. € (Vorjahr 3,2 Mio. €) deutlich an. Eingebrochen ist das sonstige Ergebnis mit –3,0 Mio. € (Vorjahr +2,2 Mio. €). Die laufende Durchschnittsverzinsung gemessen nach der GDV-Verbandsformel für Lebensversicherungen (Verbandsempfehlung vom 02.03.1988) betrug im Geschäftsjahr 4,1% (Vorjahr 4,3%). Nach der Berechnungsformel der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Bonn ergab sich für 2008 eine laufende Verzinsung von 4,7% (Vorjahr 4,9%). Die Nettoverzinsung, die alle Erträge und Aufwendungen (auch außerordentliche) enthält, ist von 4,4% auf 4,0% gefallen.

Im Jahr 2008 gingen die im Vorjahr ergriffenen Sicherungsmaßnahmen bei der Kapitalanlage der Pensionskasse planmäßig auf. So reduzierte sich das Vermögen unserer Aktienfonds wertbedingt nur um rd. 6,8%. Dazu beigetragen hat die ausgesprochen positive Performance unseres nach nachhaltigen Kriterien investierten Subfonds. Weiter seitwärts verlief die Entwicklung bei unseren Spezialfondsmandaten im Rentenbereich. Hier trennten wir uns aufgrund unbefriedigender Performance zu Jahresbeginn von einem weiteren Mandat. In einem Total-Return-Mandat konnten wir die Performance der Pensionskasse durch kontinuierliche Eingriffe gegenüber dem als Benchmark geeigneten Publikumsfonds um mehr als 7% verbessern.

Dennoch ist weiterhin zu konstatieren, dass die Performance der Rentenmanager auch im abgelaufenen Geschäftsjahr unbefriedigend verlief.

Vor diesem Hintergrund war die im letzten Geschäftsbericht dargestellte Entscheidung der Pensionskasse für eine vermehrte Eigenanlage strategisch erfolgreich. Wir konnten im Jahresverlauf kontinuierlich die Mittel unserer Versicherten für Anfangszinssätze von 4,5% – 6% anlegen. Zum Jahresende verzeichneten wir die höchsten Nominalzinssätze bei Unternehmensanleihen. Hier haben wir frühzeitig in kleinen Stückelungen Risiken übernommen.

Eine an der Zielsetzung der tarifgemäßen Verzinsung orientierte Kapitalanlage wird auch in den folgenden Jahren unsere Kapitalanlagepolitik prägen. Trotz der starken Einbußen auf den Aktienmärkten wollen wir dabei aus Streuungsgründen an den wertgesicherten Aktienmandaten festhalten. Das abgelaufene Jahr hat gezeigt, dass die Wertschwankungen eines vorsichtig gemanagten Aktienportfolios bei einer Ausweitung von Risikospreads von festverzinslichen Wertpapieren sogar übertroffen werden.

Zur Entwicklung einzelner Kapitalanlagen nun einige Erläuterungen.

Aktien

Im abgelaufenen Jahr haben unsere wertgesicherten Aktienpositionen erstmals seit einigen Jahren einen leicht negativen Beitrag zum Gesamtergebnis abgeliefert. Da die Aktienmärkte von Kurseinbrüchen von über

Jahresüberschuss und Kapitalanlagen

40% geprägt waren, lag die Performance unserer großen Fonds bei –3% bzw. –10%. Lediglich in zwei kleineren passiven Mandaten kam es zu marktkonformen Werteinbußen. Wesentliche Ursache dieser sehr positiven Entwicklung in den großen Aktienmandaten waren die im Vorjahr eingeführten Collar-Strategien, d. h. die Absicherung unserer indexnahen Aktienmandate über den Kauf und den Verkauf von Sicherungsoptionen.

Der Zeitwert unserer Aktienfonds lag zum Stichtag bei 80,5 Mio. € (Vorjahr 87,5 Mio. €). Hiervon entfielen 26,7 Mio. € auf den Wert von Sicherungsinstrumenten. Der Anteil von Aktien am Buchwert unserer Kapitalanlagen hat sich auf 4,3% (Vorjahr 7,4%) reduziert.

Private Equity

Das in Private Equity investierte Kapital unserer Pensionskasse hat sich im abgelaufenen Jahr im Rahmen der langfristigen Planung auf 9,5 Mio. € (Vorjahr 8,5 Mio. €) erhöht. Aufgrund des schlechten wirtschaftlichen Umfelds verzeichneten weder Sekundäranteilsfonds noch Fonds für Mezzanine-Kapital größere Abrufe (insgesamt 0,6 Mio. €). In 2008 haben wir einen weiteren Fonds im Sekundärmarkt-bereich gezeichnet (Abruf 0,3 Mio. €).

Festverzinsliche Wertpapiere

Die Kapitalanlage in festverzinslichen Wertpapieren bildet derzeit das Rückgrat unserer Kapitalanlagestrategie. Das Gesamtvolumen dieser Anlagen haben wir im abgelaufenen Jahr weiter auf 976,2 Mio. € (Vorjahr 888,6 Mio. €) erhöht. Damit machte

diese Assetklasse 82% (Vorjahr 78%) unserer Kapitalanlagen aus. Erhöht haben wir ausschließlich den selbstgemanagten Teil – auf 808,8 Mio. € (Vorjahr 704,0 Mio. €).

Zum Jahresende 2008 hielten wir im Eigenbestand 871,6 Mio. € Forderungen gegenüber Banken und der öffentlichen Hand. Diese unterlagen folgenden Sicherungssystemen:

1. Pfandbriefe

Ein Volumen von 197,8 Mio. € hielten wir in durch öffentliche Kredite oder Hypotheken besicherten Forderungen.

2. Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes

Auf Anlagen bei privaten Banken mit Absicherung entfielen 216,6 Mio. €. Die Einlagen bei einer insolventen deutschen Tochter eines amerikanischen Bankhauses wurden vom Einlagensicherungsfonds Anfang Februar 2009 in vollständiger Höhe erstattet.

3. Genossenschaftliches Sicherungssystem

Abgesichert durch Sicherungsmaßnahmen des Genossenschaftssektors waren zum Jahresende 70,9 Mio. € investiert.

4. Öffentlich-rechtliche Banken

Im Rahmen der Absicherungssysteme der Sparkassen und Landesbanken waren zum Jahresende 218,2 Mio. € investiert.

5. Souveräne Staaten und deren Finanzierungsvehikel

Auf europäische Staats- und Länderanlagen entfielen 51,7 Mio. €

6. Nachrangige Anlagen

Der Bestand ist ungesichert und im Berichtsjahr durch die Übernahmen von Fondsbeständen in den Eigenbestand von 84,1 Mio. € auf 100,2 Mio. € gestiegen.

7. Sonstige

Bei einem Teilbetrag in Höhe von 16,2 Mio. € verzichteten wir ebenfalls auf Absicherungen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Inhaberschuldverschreibungen.

Im Gegensatz zu den Vorjahren hat die Kapitalanlage in festverzinslichen Wertpapieren aufgrund der Finanzmarktkrise sich im abgelaufenen Jahr jedoch als erhebliche Herausforderung herausgestellt. Diese verlief in Abhängigkeit von den Segmenten des Rentenmarkts äußerst unterschiedlich. Wir berichten im Folgenden dennoch in der aus den Vorjahren vorgenommenen Bestandsaufteilung.

Anleihen öffentlich-rechtlicher Schuldner und Banken (ohne Sonderausstattung)

Bei diesem in der Vergangenheit aufgrund der starken Bonität zusammen abgehandelten Segment lief die Entwicklung durch die hohe Zahl von Banken Krisen im abgelaufenen Jahr ergebnismäßig völlig auseinander. Während die Renditen bonitätsstarker Staatsanleihen – angeführt von Bundesanleihen – im Jahresverlauf auf ein Allzeittief zusteuernten, verlief die Entwicklung bei anderen Schuldnern dieses Segments in Abhängigkeit von der Bonität völlig unterschiedlich. Auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise im letzten Quartal fiel die Rendite von kurzfristigen

Jahresüberschuss und Kapitalanlagen

Bundesanleihen auf deutlich unter 2%. Gleichzeitig konnten für eine Vielzahl von Bankanleihen gleicher Laufzeit auf den illiquiden Sekundärmärkten leicht zweistellige Renditen erzielt werden.

Wir haben uns im abgelaufenen Jahr an kurzfristigen spekulativen Geschäften in diesem Segment nicht beteiligt und weiter unsere Streuung über verschiedene Sicherungserichtungen verfolgt.

Unverändert sind wir im Bereich der Währungsanleihen nur mit einer Anlage im Niveau von 2,0 Mio. € (Vorjahr 2,0 Mio. €) engagiert.

Bankanleihen mit Sonderausstattung

Leicht ausgebaut haben wir im vergangenen Jahr unseren Bestand an zinsstrukturierten Anleihen und das Volumen von 164,8 Mio. € auf 189,1 Mio. € erhöht. Ursache war die attraktive Zinsgestaltung dieser Anleihen durch die hohen Zinsschwankungen im Jahre 2008. Auch weiterhin gehen wir, abgesehen von Zinsänderungsrisiken, keine weiteren wirtschaftlichen Risiken ein. Insbesondere verfügen alle strukturierten Papiere über die Kapitalgarantie der emittierenden Bank.

Zentrales Kaufmotiv war in jedem Fall die Höhe der Rendite, verglichen mit einer unstrukturierten Anleihe des gleichen Emittenten. Im vergangenen Jahr haben wir vor allem Papiere gekauft, die mit Kündigungs- und/oder Erhöhungsrechten des Schuldners ausgestattet sind.

Wie in den vergangenen Jahren sind wir aus den im Bestand befindlichen

Anlagen mit Erhöhungsrechten auf Seiten der Emittenten in 2008 nicht in Anspruch genommen worden. Das potenzielle Andienungsvolumen hat sich im Jahr 2008 leicht erhöht.

Zu den strukturierten Anleihen zählen wir auch die durch Übertragung von Vermögensteilen abgesicherten Anleihen (ABS-Papiere). Wir führen sie jedoch in unserer Berichterstattung separat.

Asset Backed Securities (ABS)

In dieser Kapitalanlageklasse hatten wir zum Stichtag einen Bestand von 28,8 Mio. € (Vorjahr 22,8 Mio. €) investiert. Wir lassen diese Anlageklasse ausschließlich von externen Managern mit ausgewiesener Kreditexpertise managen. Im US-amerikanischen Subprimemarkt waren wir daher nicht investiert. Größere Anlageschwerpunkte waren nicht vorhanden. Vielmehr investierten unsere Asset-Manager breit gestreut z. B. in europäische Hypotheken, Unternehmensanleihen und gebündelte Forderungen gegen die öffentliche Hand. Die Papiere verfügen auch weiterhin ausschließlich über ein Investment-Grade-Rating (mehrheitlich AAA-Rating) und wurden aus Diversifizierungs- und Renditegründen erworben. Wie bei allen risikobehafteten Kapitalanlagen achten wir auch bei ABS-Papieren auf ein angemessenes Verhältnis der Risikokapitalanlagen zum Gesamtvermögen und eine adäquate Risikosteuerung.

Unternehmensanleihen

Die in Unternehmensanleihen investierten Forderungen hielten wir mit 33,6 Mio. € auf ähnlich hohem

Niveau wie im Vorjahr (37,4 Mio. €). Dabei haben wir zu Jahresbeginn unser Unternehmensanleihenportfolio durch Auflösung eines Fonds reduziert und zum Jahresende im Eigenbestand attraktive Emissionen von großen, überwiegend in den EuroStoxx-Indizes enthaltenen Unternehmen zur Neuanlage genutzt.

Neben dem attraktiven Renditebeitrag halten wir Unternehmensanleihen vor allem aus Diversifikationsgründen für attraktiv. Bei der Auswahl der Titel achten wir sowohl auf eine breite Branchenstreuung als auch auf eine gute Bonität im Investment-Grade-Bereich.

Immobilien

Der Anteil an direkt und indirekt gehaltenen Immobilien an der Bilanzsumme hat im Jahr 2008 leicht zugenommen und betrug nunmehr 102,7 Mio. € (Vorjahr 101,9 Mio. €). Der Anteil an den Kapitalanlagen sank dagegen leicht auf 8,6% (Vorjahr 8,9%) Bedingt durch die erschwerten Finanzierungsverhältnisse und das rückläufige Interesse an europäischen Immobilien in der zweiten Jahreshälfte haben wir unsere vorgesehene Verkaufsstrategie im Gewerbeimmobilienbereich ausgesetzt.

Der größte Block innerhalb der Anlageklasse Immobilien sind mit einem Volumen von 93,0 Mio. € (Vorjahr 88,9 Mio. €) Immobilien des Eigenbestands. Im Bereich der Wohnimmobilien haben wir dabei eine spürbar positive Entwicklung beobachten können. Hier kam es bei der turnusgemäßen Erstellung von Verkehrswertgutachten durch exter-

Jahresüberschuss und Kapitalanlagen

ne Sachverständige zu einem Wertzuwachs. Belastend war die Situation weiterhin im Bereich der gemischt genutzten und vor allem der gewerblichen Immobilien.

Über einen Immobilienspezialfonds sind wir an europäischen Gewerbeimmobilien beteiligt. Das Ergebnis des Fonds war in 2008 mit einer Rendite von 2,5% (Vorjahr 7,2%) wieder rückläufig.

Zusammenfassung

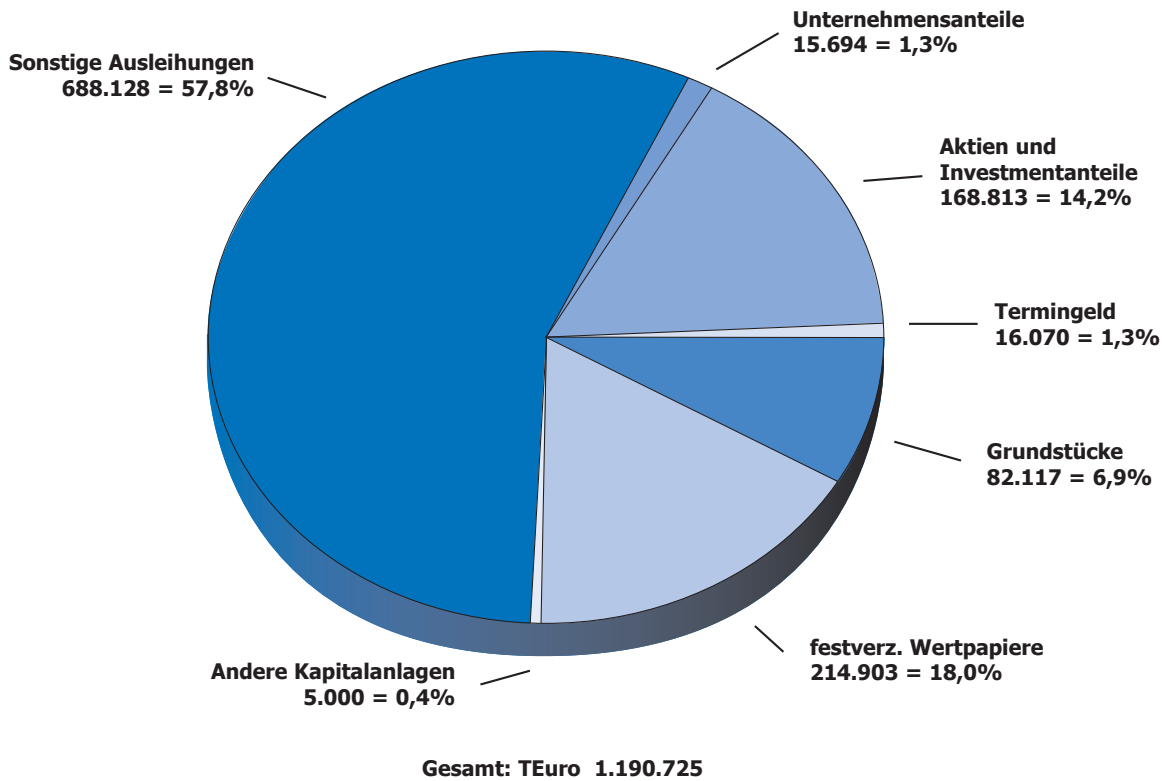
Von der Finanzkrise des Jahres 2008 konnte sich die PKDW nicht komplett abkoppeln. Die Auswirkungen blieben aber überschaubar.

Wir konnten erstmals wieder über alle Quartale attraktive Anlagemöglichkeiten im festverzinslichen Direktbestand wahrnehmen und damit unseren Bestand an stabilen Ertragsquellen oberhalb der tarifgemäßen Verzinsung erhöhen. Dadurch erreichen wir eine zunehmende Unabhängigkeit vom Ergebnisbeitrag der übrigen Vermögensklassen.

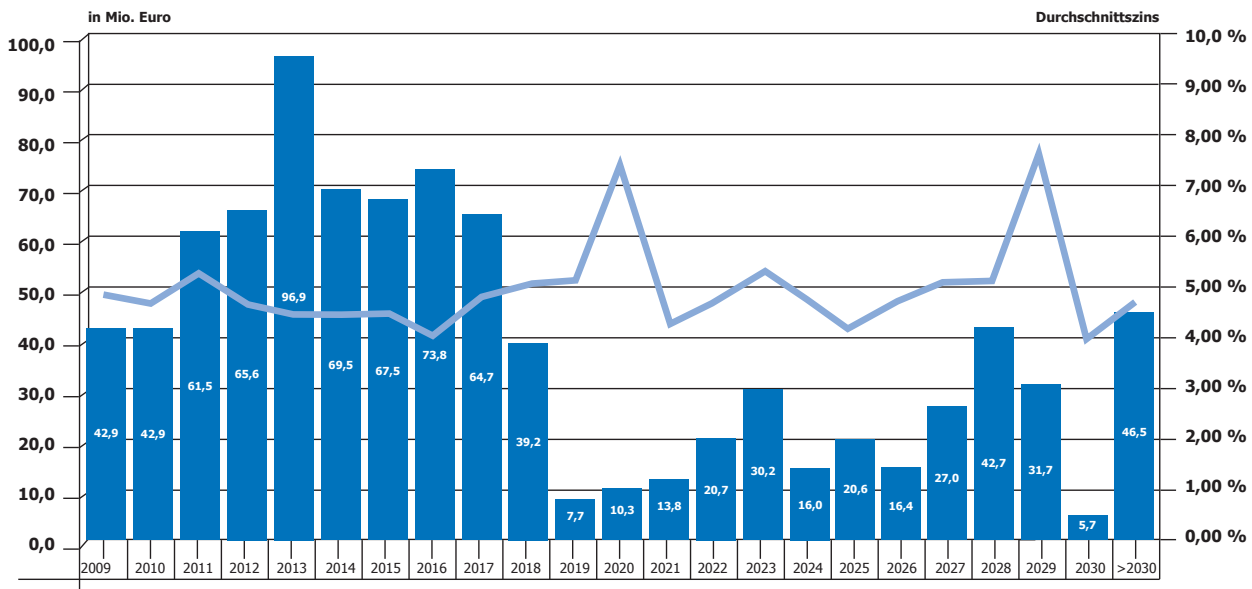
Insbesondere haben die deutlichen Ausweitungen von Risikoaufschlägen und Illiquiditätsprämien die Marktbeurteilung der Finanzanlagen der Pensionskasse nachteilig beeinflusst. Die Entwicklung ist im Anhang zum Jahresabschluss ausführlich dargestellt. Aufgrund ihres langfristig ausgelegten Geschäftsmodells hat die Pensionskasse auf die Berücksichtigung kurzfristiger Bewertungsauslässe bei Inhaberschuldverschreibungen im Rahmen des § 341b HGB verzichtet.

Jahresüberschuss und Kapitalanlagen

Bestände der Kapitalanlagen in TEuro zum 31. 12. 2008



Fälligkeitenfächer – festverzinsliche Namens- und Inhaberwertpapiere



in Mio. nach Nennwerten per 31. 12. 2008 – Durchschnittsnominalzins: gewogener Durchschnitt des jeweiligen Jahres
 Gesamtsumme: 913,7 Mio. Euro – Durchschnittsnominalzins gesamt: 4,85 % – durchschnittliche Restlaufzeit: 9,3 Jahre

Mitglieder, Leistungen und Beiträge

Für unser Unternehmen war das Anwachsen der Beiträge auf über 50 Mio. Euro – und damit einhergehend eine deutliche Stabilisierung der Beitragsseite – erklärtes Ziel für das Jahr 2008.

Dieses Ziel wurde mehr als deutlich überschritten:

- Die PKDW erreichte eine Beitragssumme in Höhe von 51.080 TEuro.
- Nach der Steigerung der Beiträge im Jahr 2007 um 2,2% auf 48.516 TEuro resultierte für das Jahr 2008 eine Beitragssteigerung in Höhe von 5,3%.

Die Beitragssteigerung geht dabei nicht auf Sondereffekte und Einmalbeiträge, sondern allein auf das Anwachsen der laufenden Beiträge zurück. Diese erhöhten sich von 48.288 TEuro auf 50.935 TEuro. Die detaillierte mehrjährige Beitragsentwicklung ist auf Seite 20 dargestellt.

Die Steigerung der Beiträge gelang trotz bereits erkennbarer Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf einzelne Mitgliedsunternehmen. Hier gab es im Jahr 2008 erste Insolvenzen und damit einen sofortigen Stopp von Beitragszahlungen. Die Beitragssteigerung resultiert aus der Gewinnung neuer Mitgliedsunternehmen mit folgendem Mitgliederwachstum sowie aus der Ausweitung der Altersversorgungsmodelle in bereits bestehenden Mitgliedsunternehmen.

Im Jahr 2008 liegt der Zuwachs an Neumitgliedern bei 3.372 und damit um mehr als 10% höher als im Vorjahr (3.055 Neumitglieder). Bei den neuen Mitgliedsunternehmen richtete die PKDW die unterschiedlichsten Modelle der BAV ein. Besonders er-

freut hat uns ein neues Mitgliedsunternehmen, das in unterschiedlichen Konzernteilen die tarifliche Altersversorgung der Chemiebranche sowie der Metall- und Elektroindustrie umsetzt. Zwei neue Mitgliedsunternehmen führten reine arbeitgeberfinanzierte Modelle ein, wobei wir bei einem dieser beiden Mitgliedsunternehmen eine Weiterführung von öffentlicher Versorgung installierten. Im Wesentlichen erfolgen bei neuen Mitgliedsunternehmen aber weiterhin reine Entgeltumwandlungssysteme. Bei bestehenden Mitgliedsunternehmen gab es in einer Reihe von Fällen Ausweitungen der Altersversorgungsmodelle. Dabei berieten wir im Vorfeld und setzten, aufbauend auf dem vorhandenen Entgeltumwandlungssystem, Anreizsysteme für die gesamte Belegschaft um.

Besonders erfolgreich waren wir auch im Jahr 2008 bei den Versorgungswerken, die auf den erweiterten Tarifverträgen in der Chemiebranche sowie in der Metall- und Elektroindustrie basierten. Hohe Teilnahmequoten wurden durch die nun unbefristet weitergeführte Sozialabgabenfreiheit bei Entgeltumwandlung sowie durch die Weitergabe der Ersparnisse aus der Sozialabgabenfreiheit als Förderbeitrag für die Altersversorgung erreicht. Dort wo keine Sozialabgabenersparnisse an die Mitarbeiter weitergegeben wurden, erreichten wir durch Initialbausteine entsprechende Beteiligungserfolge.

Das Wachstum unserer Beitragseinnahmen fand in unserem Rentenversicherungstarif A statt; der fondsgebundene Tarif E wuchs naturgemäß aufgrund der allgemeinen Finanzmarktkrise nur gering. Allerdings

konnten wir auch hier ein Unternehmen für die Durchführung gewinnen. Wir gehen davon aus, dass nach Überwinden der marktweiten Krise auf den Finanzmärkten weitere Umsetzungen folgen werden.

Die Hauptaufgabe der PKDW bestand auch im Jahr 2008 in der Beratung der Unternehmen bei der Erstellung und Modernisierung derer Altersversorgungswerke, sowie in der Information der Mitarbeiter unserer Mitgliedsunternehmen. So gestalteten wir im Jahr 2008 zahlreiche, speziell auf die Betriebliche Altersversorgung ausgerichtete Informationsveranstaltungen und führten gemeinsam mit einem gesetzlichen Rentenversicherungsträger allgemeine Mitarbeiterinformationen durch. Ebenso begleiteten wir unsere Mitgliedsunternehmen bei Bedarf in der aktiven Gestaltung von Betriebsvereinbarungen und Haustarifverträgen. Installierte Versorgungswerke präsentierten wir auf Betriebsversammlungen.

Neben den „Vor-Ort-Beratungen“ dienten die Neuausgabe der PKDW-internen Informationsschrift ‚Vision‘ sowie die Neuauflage und Aktualisierung unserer Informationsbroschüren den Entscheidern in unseren Mitgliedsunternehmen zur Schnellinformation über Neuerungen in der Betrieblichen Altersversorgung. Arbeitnehmer unserer Mitgliedsunternehmen nutzten diese häufig als Vorabklärung im Vorfeld von Informations- oder Betriebsversammlungen.

Neben den Beratungen, die speziell auf die Altersversorgungssysteme unserer Mitgliedsunternehmen und -konzerne abgestellt wurden, führten wir zur weiteren Akzeptanz der PKDW als Berater und Dienstleister

Mitglieder, Leistungen und Beiträge

im Markt der Betrieblichen Altersversorgung unternehmensübergreifende Präsentationen durch. Diese fanden

- im Rahmen des PKDW-Seminars in Duisburg,
- während des Bundesparteitages und eines regionalen Wirtschaftsforums einer großen Volkspartei,
- auf Gewerkschafts- und Vertrauensleuteschulungen sowie
- im Rahmen von Personalmesse statt.

Durch die vorgenannten Beratungs- und Betreuungsaktivitäten erreichte die PKDW neben der bereits beschriebenen stabilen Entwicklung der

Beitragseinnahmen eine positive Entwicklung im Mitgliederbestand:

- Anstieg der aktiven Mitglieder auf 54.317 (2007: 51.970 Mitglieder)
- Anstieg des Gesamtbestandes der PKDW auf 68.249 Versicherte (2007: 65.630 Versicherte).

Unsere Aufgaben für das Jahr 2009 bezogen auf Mitglieder, Leistungen und Beiträge stellen sich wie folgt dar:

- Weitere Stabilisierung und Ausbau der Beitragseinnahmen insbesondere vor dem Hintergrund der bereits eingetretenen und der zu erwartenden Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftskrise;

- Steigerung des gesamten Versichertenbestandes und das Überschreiten der Marke von 70.000 Mitgliedern. Dabei ist uns klar, dass dieser Erfolg im heutigen wirtschaftlichen Umfeld eine besondere Herausforderung darstellt.

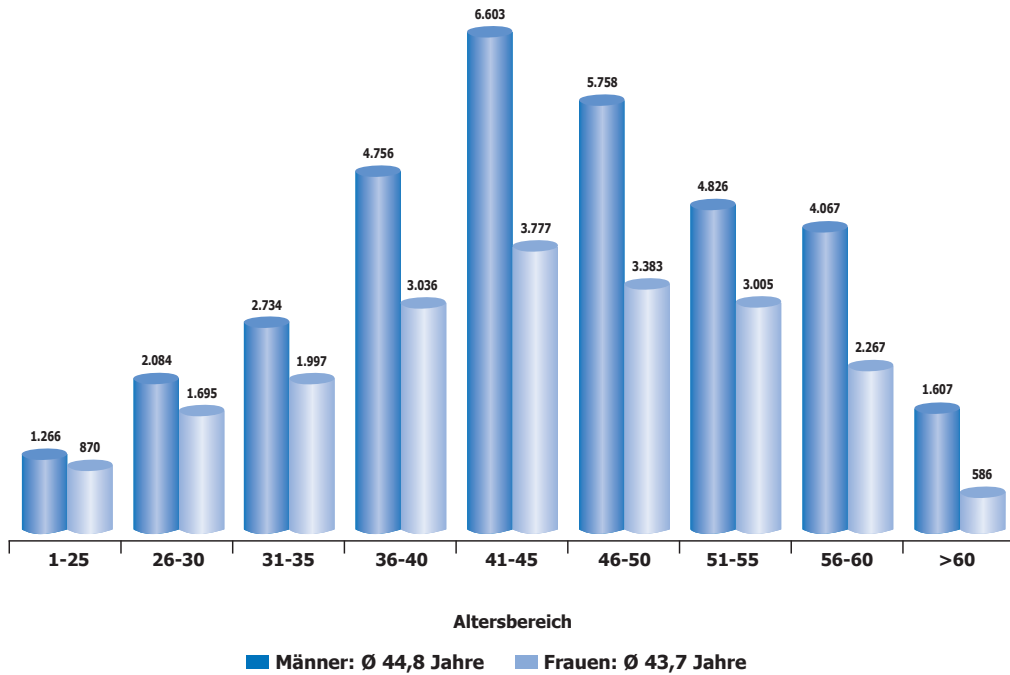
Durch die eingetretene Stabilisierung der Rahmenbedingungen bei der Entgeltumwandlung und durch anhaltende Umwidmung diverser Sozialleistungen in Betriebliche Altersversorgung sehen wir unsere Ziele begünstigt durch weitere Bewusstseinsklärung zur Notwendigkeit der Betrieblichen Altersversorgung.

Entwicklung der laufenden Beiträge von Einzel- und Firmenmitgliedern

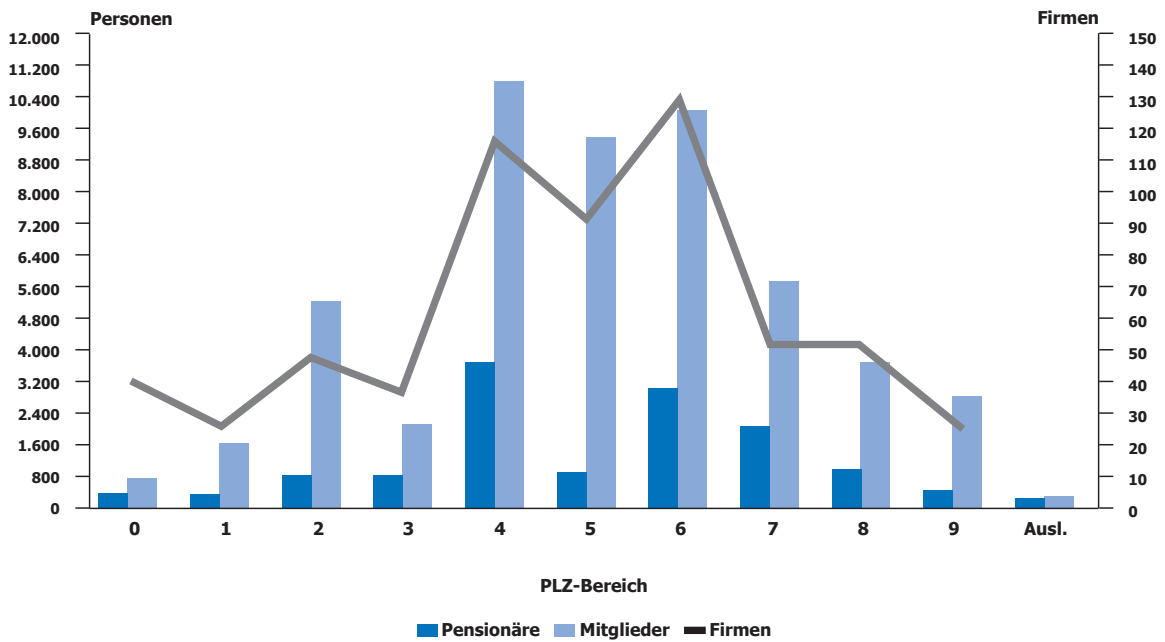
	2008 TEuro	2007 TEuro	2006 TEuro	2005 TEuro	2004 TEuro
Laufende Beiträge Firmenmitglieder	46.127	43.474	42.316	39.831	38.425
Laufende Beiträge Einzelmitglieder	4.808	4.814	4.769	4.479	4.428
Summe laufende Beiträge	50.935	48.288	47.085	44.310	42.853

Mitglieder, Leistungen und Beiträge

Altersstruktur der Anwärter – Anzahl der Männer und Frauen 2008

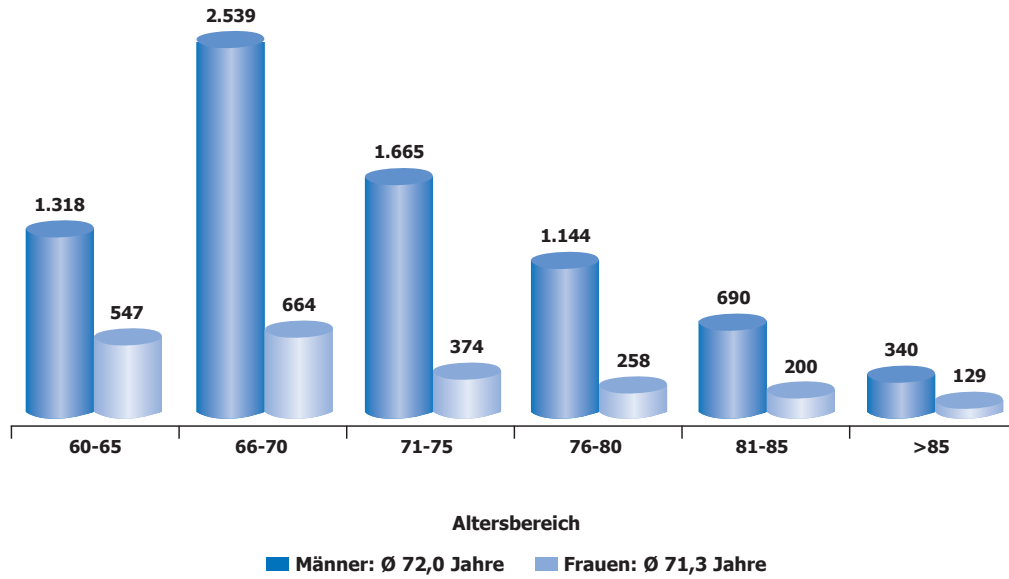


Geografische Verteilung des Versichertenbestandes

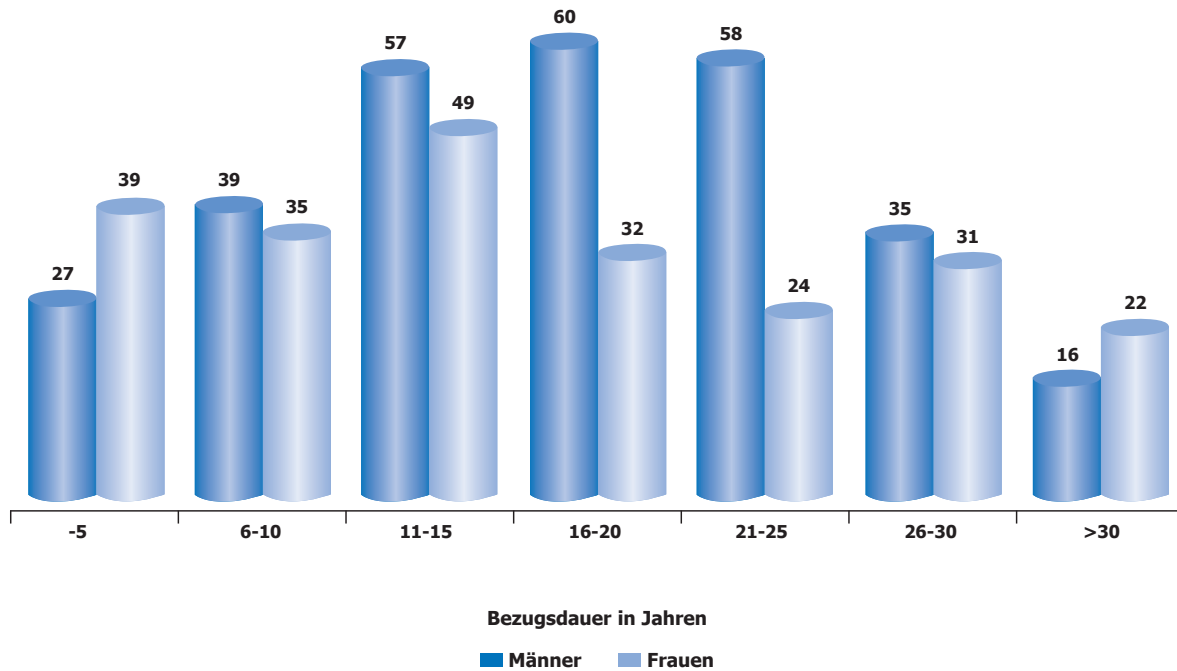


Mitglieder, Leistungen und Beiträge

Altersstruktur der Altersrentner – Anzahl der Männer und Frauen 2008



Rentenbezugsdauer bei Tod in 2008 – Anzahl der Altersrenten



Organe und Verwaltung/Wirtschaftliche Lage

Organe und Verwaltung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr reduzierte sich die Anzahl unserer Aufsichtsratsmitglieder plangemäß auf zwölf Personen. Die von der Mitgliederversammlung 2007 beschlossene mittelfristige Reduzierung auf neun Aufsichtsratsmitglieder wird im laufenden Geschäftsjahr 2009 voraussichtlich bereits zum Abschluss kommen. Im Vorstand gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Veränderungen. Er besteht unverändert aus zwei Personen. Auf den ersten Blick deutlich rückläufig ist die Zahl der Beschäftigten der Pensionskasse. Die Anzahl von 25 Beschäftigten einschließlich des Vorstandes stellt auf den ersten Blick einen deutlichen Abbau gegenüber der Vorjahreszahl von 29 Mitarbeitern dar. Einen Blick auf die Aufteilung auf 20 (im Vorjahr 21) Vollzeitmitarbeiter und 5 (im Vorjahr 8) Teilzeitmitarbeiter macht jedoch deutlich, dass der Abbau im Wesentlichen bei den Teilzeitmitarbeiterinnen stattgefunden hat. Materiell handelt es sich um das Auslaufen studentischer Arbeitsverhältnisse, die zum Jahreswechsel noch nicht ersetzt worden waren. Mit Blick auf das solide Wachstum in der Pensionskasse steht in den kommenden Monaten allerdings ein Mitarbeiteraufbau im Bereich der Abteilungsleiter an.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Wir messen die Leistungen der Pensionskasse seit vielen Jahren im nicht-finanziellen Bereich an dem Verhält-

nis Mitarbeiter auf Vollzeitbasis zu Versicherten. Hier ergab sich – gerechnet ohne Vorstandsmitglieder, Reinigungskräfte und studentische Hilfskräfte – im Geschäftsjahr 2008 ein Verhältnis von 1 Mitarbeiter auf 3.792 Versicherte. Im Vorjahr betrug diese Zahl 1 Mitarbeiter auf 3.454 Versicherte. Der langjährige Trend zur Verbesserung dieses Indikators hat sich damit im abgelaufenen Jahr weiter fortgesetzt.

Wirtschaftliche Lage

Die Pensionskasse steht zum Ende des Geschäftsjahres 2008 in der dritten schweren Finanzmarktkrise seit der Jahrtausendwende. Während die Pensionskasse vom Platzen der Dotcom-Blase 2001/2002 stark getroffen war, da zu diesem Zeitpunkt auch jahrelang aufgebaute Altlasten bereinigt werden mussten, stellt sich die wirtschaftliche Situation der Pensionskasse aktuell gänzlich anders dar. Im Kapitalanlagebereich hat sich die verpflichtungsorientierte Kapitalanlagepolitik der vergangenen Jahre in der Krise bewährt. Gravierende Wertverluste beschränken sich auf kleinere Randinvestments, die im Jahresabschluss zum 31.12.2008 vollständig wertberichtigt wurden. Erkennbare Risiken bestehen in bilanziell überschaubarem Umfang im Bereich der Banken. Wir gehen davon aus, dass nach Bewältigung der aktuellen Finanzmarktkrise politisch und aufsichtsrechtlich sichergestellt wird, dass eine erneute flächendeckende Ausfallgefahr im Bankbereich ausgeschlossen wird.

Hiervon abgesehen ist die Pensionskasse auch grundlegend finanziell sehr solide aufgestellt. Auf der Passivseite stehen einem bereits stark schrumpfenden Block von hochverzinslichen Deckungsmitteln (896,4 Mio. € zu 4%), nachhaltig wachsende niedrigverzinsliche Deckungsmittel aus der Beitragszahlung seit 2003 in Höhe von 238,0 Mio. € (Durchschnittszins unter 3%) gegenüber. Mit Blick auf die ausgeprägten Veränderungen in den beiden Bereichen ist die Pensionskasse auch für eine anhaltende Niedrigzinsphase gut aufgestellt. Der Durchschnittscoupon im langfristig angelegten Eigenbestand der Pensionskasse konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr Richtung 5% gesteigert werden.

Bei einem langjährigen Problemkind der Pensionskasse, den Gewerbeimmobilien, ergab sich erstmalig eine deutliche Stabilisierung der Situation. Bedingt durch einen Verwalterwechsel konnten wir in den kritischen Großobjekten der Pensionskasse im Rhein-Main-Gebiet spürbare Vermietungserfolge mit bonitätsstarken Ankermietern erzielen. Im Wohnungsimmobiliensbereich, in dem wir diese Wende bereits vor drei Jahren erreicht hatten, sind wir zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres mit Blick auf die Inflations-/Deflationsrisiken im wirtschaftlichen Umfeld auf eine Wachstumsstrategie umgeschwenkt und haben in den vergangenen Monaten bereits Wohnanlagen in Leipzig und München erworben. Angesichts erfolgreicher Bewältigung der Finanzmarktkrise,

stabiler wirtschaftlicher Verhältnisse bei den Kernziffern, Kalkulation der Deckungsmittel, Verwaltungskosten und Ertrag der Finanzanlagen sind wir mit Blick auf die wirtschaftliche Lage der Pensionskasse positiv gestimmt.

Prognoseberichterstattung und Ausblick

Von den in den ersten Kalenderwochen des neuen Jahres eingetretenen Einbrüchen auf den weltweiten Aktienmärkten waren wir durch die eingeschlagene Sicherungsstrategie praktisch nicht berührt. Soweit die Negativentwicklung in diesem Bereich bis zum Jahresende anhält, gehen wir von einem Jahresüberschuss auf Vorjahresbasis aus. Diese Planung kann sich verschlechtern, wenn es entgegen unseren Erwartungen im laufenden Jahr noch zu Ausfällen bei Bankschuldverschreibungen oder unerwarteten Entwicklungen bei sonstigen Risiken kommt. Positive Überraschungen sind nur in begrenztem Umfang möglich, da wir am aktuellen Rand auf das Eingehen größerer Risiken verzichten und freierwerdende Mittel für eine mittel- bis langfristige Substanzstärkung der Pensionskasse bei attraktiven Investmentgrade-Anleihen nutzen. Wir glauben, dass es im Interesse unserer Mitglieder liegt, die vorhandenen mittelfristig wirksamen Chancen zu nutzen, die sich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit realisieren werden, und dafür zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf kurzfristige, spekulativ orientierte Investments zu verzichten.

Risikobericht

Nachfolgend stellen wir im Wesentlichen Auszüge aus unserem Risikobericht gemäß § 64a VAG dar, den wir am 23.01.2009 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgelegt haben. Die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA), die die Regelungen des § 64a VAG flankieren, lagen bei Berichterstellung im Entwurf vor und wurden entsprechend berücksichtigt. Die endgültige Fassung der MaRisk VA wurde nach Erstellung des Risikoberichts veröffentlicht.

Gegenstand

Die PKDW ist eine regulierte Pensionskasse und damit eine Einrichtung der Betrieblichen Altersversorgung. Die Besonderheiten der Einrichtungen der Betrieblichen Altersversorgung wurden bei Erarbeitung und Installation des Risikomanagements berücksichtigt.

Als Risiko wird die Möglichkeit des Nichterreichens eines explizit formulierten oder sich implizit ergebenden Zieles verstanden.

Ziele des Risikomanagements

Das Risikomanagement in der PKDW basiert auf der Mitarbeit aller Mitarbeiter der PKDW, die für die in ihren Bereichen vorkommenden Risiken sensibilisiert wurden.

Ziele des Risikomanagements sind

i) die Überprüfung und Gewährleistung des Erreichens der Unternehmensziele sowie der in der Geschäftsstrategie und Risikostrategie beschriebenen Ziele;

Risikobericht

ii) die Gewährleistung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere an Solvabilität und Stress.

Die Risikostrategie orientiert sich an der Geschäftsorganisation. Die Darstellung der Risikostrategie und die dazugehörige Zuordnung der Risiken enthalten die Ablauf- und ablauforganisatorischen Regelungen zur Überwachung und Kontrolle, das interne Steuerungs- und Kontrollsystem sowie die Interne Revision.

Im Rahmen des Risikomanagements wurden in 2008 insbesondere die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Pensionskasse laufend beobachtet und begleitet. Im Mittelpunkt standen Rückgänge an den Aktienmärkten sowie Spreadausweitungen bei Titeln mit Kreditrisiko. Dabei konzentrierten wir uns vor allem auf die bilanziellen Ergebnisse und die Auswirkungen auf die Stresstests. Auf der Mitgliederseite wurden die Auswirkungen der schwachen Wirtschaftsentwicklung sowie der am Horizont sichtbaren Rezession auf die Beitrags-/Mitgliederentwicklung risikomäßig beobachtet. Schließlich fließt das Thema Langlebigkeit bzw. Invalidität unternehmensintern monatlich sowie auf aktuarieller Basis jährlich in die Risikoüberlegungen mit ein.

Methoden der Risikobewertung

Im Mittelpunkt unserer Risikobewertung steht die HGB-Sicht.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden in der PKDW Risikolimiten in Anlehnung an die Wertschöpfungskette definiert.

1. Beratung von Kassenfirmen:

Als Hauptrisiko identifizieren wir das Ausbleiben von Neugeschäft.

Dafür sind vor allem Reputationsrisiken sowie strategische Risiken verantwortlich. Gemessen wird das Risiko u.a. an der monatlich geführten Neumitgliederstatistik. Bei Verletzung der Limite kommt als Strategie neben Änderungen im Qualitätsmanagement (QM) gegebenenfalls das Einleiten von Kostensenkungsmaßnahmen in Frage.

2. Anmeldung von Mitgliedern durch Kassenfirmen

Das Hauptrisiko ist die Verletzung vertraglicher Nebenpflichten und eine fehlerhafte Kalkulation.

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um versicherungstechnische und operationelle Risiken. Steuerungsinstrumente sind AVB/Tab/Satzung und der Technische Geschäftsplan. Strategische Maßnahmen können die Veränderungen dieser Steuerungsinstrumente sein, Veränderungen im QM sowie die Bildung einer Verlustrücklage.

Die beiden versicherungstechnischen Risiken Langlebigkeit und Berufsunfähigkeit resultieren aus dem Rentenversicherungsgeschäft mit häufigem Einschluss der Berufsunfähigkeitspension. Dem Langlebigkeitsrisiko hat die PKDW 1996 und 2004 mit Änderung des Tarifs A als auch nochmals für Neumitglieder ab dem 01.01.2007 durch Aktualisierungen der Sterbetafeln Rechnung getragen. Mit diesen Maßnahmen hat

die Pensionskasse das Risiko der gestiegenen Lebenserwartung angemessen berücksichtigt.

Die Entwicklungen auf diesem Gebiet werden durch die Gremien der PKDW und einem externen versicherungsmathematischen Sachverständigen jährlich überprüft. Das Gleiche gilt für die Entwicklung des Berufsunfähigkeitsrisikos.

3. Abwicklung/Organisation

Hier ist die technische und wirtschaftliche Verfehlung des Technischen Geschäftsplans gemeint. Dabei handelt es sich vor allem um operationelle und versicherungstechnische Risiken. Gemessen wird das Risiko über die monatliche Statistik der Verwaltungskosten sowie das versicherungsmathematische Gutachten. Gegebenenfalls müssen im QM oder Technischen Geschäftsplan Veränderungen vorgenommen werden.

4. Kapitalanlage

Die PKDW legt die ihr anvertrauten Gelder im Wesentlichen in den Bereichen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Immobilien an. Basiswährung unserer Anlagen ist der Euro.

Die Geschäftspolitik der PKDW ist unverändert darauf ausgerichtet, die tarifgemäße Verzinsung durch langfristig stabile Ergebnisquellen abzusichern.

Als Hauptrisiken genannt werden können das Marktrisiko inklusive Zinsänderungsrisiko, das Kreditrisiko sowie das Konzentrationsrisiko. Ziel

Risikobericht

ist es aufsichtsrechtliche, bilanzielle und wirtschaftliche Reserven über eine angemessene Kapitalanlagestrategie, die gegebenenfalls durch eine ALM-Studie oder externe Beratung begleitet wird, zu generieren. Die Aktivseite der Bilanz unserer Pensionskasse wurde 2008 geprägt durch massive und parallele Preisrückgänge auf traditionellen Anlagemärkten. Dies trifft vor allem auf Anlagen in Aktien und Anleihen mit Kreditrisiken zu. Unser zentraler Aktienindex EuroStoxx50TR gab in 2008 um 42,3% nach, der Rentenindex iBoxx Corporates verlor im gleichen Zeitraum ca. 8%.

Festverzinsliche Wertpapiere

Vor allem durch festverzinsliche Wertpapiere erzielen wir die gewünschte Ertragsstabilität und haben den Bereich in 2008 weiter ausgebaut. Unsere Durchschnittsverzinsung konnten wir im vergangenen Jahr nach einigen Jahren des Rückgangs erstmals wieder steigern. Gegen Ende des Jahres fielen die Zinsen jedoch so stark, dass zehnjährige Bundesanleihen nur mit 2,95% rentierten.

Bei den festverzinslichen Wertpapieren ist das wesentliche Risiko das Bonitätsrisiko, also der Verlust der Fähigkeit des Schuldners zur Erbringung von Zins- und Tilgungsleistungen.

Unverändert investiert die PKDW den größten Teil ihres Anlageportfolios in Anleihen von deutschen bzw. europäischen Kreditinstituten mit sehr guter oder guter Bonität.

Wesentliche Teile der Kapitalanlage sind zusätzlich durch den Pfandbriefcharakter von Anleihen, die Haftung der Gewährträger und durch die Einlagensicherungssysteme der deutschen Kreditinstitute geschützt.

Zinsänderungsrisiken durch steigende Zinsen haben für die PKDW aufgrund der langfristigen Verpflichtungen primär bilanziellen Charakter. Wir steuern diese bilanziellen Risiken insbesondere durch Erhöhung des Eigenbestandes zu Lasten der Fonds. Weiterhin verändern wir die Mittelbindungsfristen, um auf Zinsänderungen zu reagieren.

Aktien

Aktien weisen weiterhin ein hohes Schwankungspotential auf, insbesondere bei kurzfristiger Kapitalanlage. Wir sind jedoch unverändert der Auffassung, dass die Anlage in Aktien langfristig ein Investment darstellt, das über viele Perioden höhere Erträge erwirtschaftet als andere Anlageformen. Angesichts der bilanziellen und wirtschaftlichen Risiken gehen wir Aktienanlagen nur innerhalb von festgelegten Risikobudgets ein und bedienen uns ggf. auch Wertsicherungsstrategien. Wir lassen diese Anlagekategorie von Banken und spezialisierten Wertpapierhäusern im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Hier sind wir in den Anlageausschüssen dieser Fonds vertreten und steuern hierüber auch die gesamte Risikosituation der Pensionskasse. Nach mehreren Jahren mit hohen Aktienrenditen haben wir unser Aktienengagement

Anfang 2008 weiter reduziert und den Bestand weitgehend gesichert.

Immobilien

Bei Immobilien bestehen unter Risikogesichtspunkten insbesondere Vermietungs- und langfristige Ergebnisrisiken. Beide Risiken werden durch laufende Überwachung der Immobilienanlagen aktiv gesteuert. Die Vermietungsrisiken bestehen zum einen in der mangelnden Vermietbarkeit von Einheiten, z.B. bei nicht marktkonformer Konzeption des Objektes. Regionaler Schwerpunkt der Vermietungsrisiken liegt im Rhein-Main-Gebiet. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass Objekteinheiten zwar vermietet sind, der Mieter jedoch seinen Mietvertragsverpflichtungen nicht nachkommen kann. Zusammen mit fach- und sachkundigen Hausverwaltern werden die Ausfallgefahren durch Prüfung der Mietinteressenten reduziert und bei drohendem Ausfall von bestehenden Mietverhältnissen frühzeitig reagiert, damit Verluste so gering wie möglich gehalten werden können.

Zu den langfristigen Risiken der Immobilienanlage:

Die Bedeutung von Immobilien für das Portefeuille ergibt sich aus der langfristigen Perspektive. Die Erträge setzen sich zusammen aus i.d.R. verhältnismäßig niedrigen laufenden Einnahmen und einer Wertsteigerungskomponente. Die Erwartung von Wertsteigerungen bei den erworbenen Objekten ist mit konjunkturellen Aufwärtsentwicklungen und Inflationsanstieg verbunden. Immobilien

Risikobericht

weisen bei Ankauf häufig aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Abschreibungen unbefriedigende oder gar negative bilanzielle Ergebnisse auf. Die Dynamik der Mietrückgänge am deutschen Immobilienmarkt ist in 2008 weiter zurückgegangen. Die im Immobilienmarkt vorhandenen Risiken beobachten wir weiterhin sorgfältig und bilden bei Überschreiten von bestimmten Risikowerten zusätzliche Wertberichtigungen.

Wir steuern das langfristige Ergebnisrisiko der Immobilienanlage durch eine zeitliche Streuung von Immobilienengagements und eine laufende Ergebniskontrolle.

Steuerungsmaßnahmen

Folgende Steuerungsmaßnahmen wurden im Kapitalanlagebereich in 2008 zur Risikobegrenzung durchgeführt: Volumenreduzierung bei den Fondseingagements und Überführung in den Eigenbestand. Dabei wurden entweder Titel übernommen oder aber in zinstragende Anleihen investiert. Dadurch kam es zu einer Verbreiterung der Emittentenbasis.

Schwerpunktmäßig wurde bei den Neukäufen in gedeckte Ware oder europäische Staatsanleihen investiert. Weiterhin wurden in 2008 die Anlagerichtlinien unseres Masterfonds hinsichtlich Duration und Creditexposure konservativer gestaltet. Die Ende 2007 begonnene Reduzierung eines Aktiensubfonds wurde Anfang 2008 abgeschlossen. Durch die obigen Maßnahmen ist es gelungen, die Basis für ein positives Gesamtergebnis zu legen.

5. Leistungseintritt

Hauptrisiko ist, dass die Leistungen nicht erbracht werden können, weil Mittel fehlen oder nicht verfügbar sind (Liquiditätsrisiko).

Gemessen wird das Risiko über die bilanzielle Bewertung und den Deckungsgrad. Gesteuert wird über die kurz- und mittelfristige Liquiditätsplanung, das versicherungsmathematische Gutachten sowie Veränderungen im QM.

6. Rentenphase

Gemeint sind Risiken aus betriebsrentenrechtlichen oder sozialversicherungsrechtlichen Normen zur Höhe und Zusammensetzung der Rentenleistungen.

Dabei stehen operationelle Risiken, im Wesentlichen rechtlicher Art, im Mittelpunkt. Gesteuert wird das Risiko über die genaue Beobachtung der gesetzlichen Veränderungen sowie das QM. Im Rahmen des Monatsberichts werden die Risiken und zugehörigen Limite regelmäßig dem Vorstand vorgelegt.

Auf der Versicherungsseite kam es im Dezember 2008 zu einem unerwarteten Aufleben des Themas „Gleichstellung von Frauen und Männern“. Grundlage sind i. W. prozessuale Risiken bei Kassenfirmen, bei denen nach eigener Einschätzung keine Ungleichbehandlung vorliegt. Entsprechende weitere Rückstellungen wurden gebildet und wir prüfen Musterprozesse.

Im Jahr 2004 obsiegte ein ehemaliger Mitarbeiter gerichtlich gegen ein

Mitgliedsunternehmen. Der heutige Rentner der PKDW begehrte einen finanziellen Ausgleich für die Zu- und Abschläge, durch die er als Mann einer gleichaltrigen Frau gegenüber benachteiligt würde. Das Bundesarbeitsgericht hat dem Anspruch des Rentners grundsätzlich entsprochen und das Mitgliedsunternehmen, den ehemaligen Arbeitgeber, zur Zahlung verpflichtet.

Im Vorfeld der Mitgliederversammlung 2005 wurden die Mitgliedsunternehmen um Benennung ihrer benachteiligten männlichen Beschäftigten gebeten. Auf Basis dieser Informationen sowie des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 24.06.2005 wurde betroffenen männlichen Mitgliedern und Rentnern – wenn gesetzlich umsetzbar – ein Abfindungsangebot unterbreitet. Es gab lediglich eine geringe Zahl von Rentnern und aktiven Mitgliedern, die das Abfindungsangebot nicht angenommen haben.

Das Hauptrisiko aus heutiger Sicht besteht bei Mitgliedsunternehmen, die das Gleichstellungsrisiko abgemeldet haben. Wir können nicht ausschließen, dass diese Abmeldung nicht sachgerecht durchgeführt wurde oder hier prozessuale Risiken bestehen. Soweit möglich, unterbreiten wir in diesen Fällen Tatsachenvergleiche.

Zielerreichung

i) Die Unternehmensziele wurden im Jahr 2008 erfüllt. So wird für das Jahr 2008 im Umfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise ein durchweg positives Geschäftsergebnis erzielt.

Risikobericht

Vor allem durch die vorher genannten Maßnahmen waren die Auswirkungen für die Pensionskasse verkräftbar. Größere Risiken ergeben sich allenfalls aus dem breit gestreuten Bestand an nachrangigen Anleihen. Unser Vermögensverwalter für dieses Spezialsegment hat nahezu ausschließlich in europäische Bankenschuldner investiert, die systemrelevant sind. Wir halten Ausfälle im Kapitalbestand deshalb für unwahrscheinlich. Allenfalls sehen wir vereinzelt das Risiko von vorübergehenden Kuponausfällen.

Standen im Gesamtjahr 2008 vor allem finanzwirtschaftliche Auswirkungen im Zentrum, trat im letzten Quartal die Auswirkung auf die Realwirtschaft in den Vordergrund. Die Wachstumsprognosen sanken im schnellen Tempo und eine globale Rezession wird für 2009 erwartet. Vor diesem Hintergrund nehmen die Ausfallraten bei den Unternehmen zu, die Zahl der Insolvenzen wird voraussichtlich steigen. Unsere Mitgliedsfirmen sind innerhalb von Deutschland branchen- und regionenmäßig breit gestreut. Zwar hat es einzelne Insolvenzen mit der Folge ausbleibender Beiträge bereits gegeben, von gravierenden Risiken auf der Einnahmenseite der PK gehen wir aber nicht aus. Kompensierend wirkte in der Vergangenheit die Neuaquisition von Unternehmen und Mitgliedern. Sowohl bei den Beiträgen als auch bei den Neumitgliedern konnten wir in 2008 eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

Letztendlich ist beabsichtigt, basierend auf dem Jahresabschluss 2008, den Mitgliedern und Rentnern die im Jahre 2008 erzielten Erträge in Form von Überschussbeteiligungen zur Verfügung zu stellen.

ii) Die in 2008 durchgeführten Berechnungen hinsichtlich Stresstest, Bedeckung und Solvabilität erfüllten sämtlich die aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Risikobericht

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2008

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
	Frauen		Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²⁾	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten ²⁾		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl					Euro	Euro	Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	32.138	19.832	7.878	2.210	39.678.984	3.353	96	123	6.847.472	189.645	68.920
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern . . .	2.232	1.093	576	259	2.381.111	221	17	5	459.515	25.694	1.479
2. sonstiger Zugang ¹⁾	5	2			7.914				57	20	31
3. gesamter Zugang	2.237	1.095	576	259	2.389.025	221	17	5	459.572	25.714	1.510
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	56	24	309	61	1.215.096	176	3		309.001	1.413	
2. Beginn der Altersrente	560	247	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	22	12	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	119	109				29			14.461
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen . . .	10	9									
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen . . .	24	14	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7. sonstiger Abgang	2	5			465.691				82.555	1.150	551
8. gesamter Abgang	674	311	428	170	1.680.787	176	3	29	391.556	2.563	15.012
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	33.701	20.616	8.026	2.299	40.387.222	3.398	110	99	6.915.488	212.796	55.418
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	5.156	4.758									
2. in Rückdeckung gegeben											

¹⁾ z.B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

²⁾ Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

Jahresabschluss 2008

Bilanz zum 31. Dezember 2008

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

Anhang

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG
vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG
47051 Duisburg

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008

Aktivseite

	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				156.016,01	36.357,57
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			82.117.131,99		82.717.116,16
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		10.937.000,00			6.177.000,00
2. Beteiligungen		4.757.083,38	15.694.083,38		4.215.011,28
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		168.813.213,82			276.713.784,39
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		214.902.582,91			192.006.998,83
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	254.629.601,18				166.345.971,29
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	433.498.067,88	688.127.669,06			406.827.995,91
4. Einlagen bei Kreditinstituten		16.070.000,00			10.360.000,00
5. Andere Kapitalanlagen		5.000.000,00	1.092.913.465,79	1.190.724.681,16	0,00
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				35.239,49	8.623,25
D. Forderungen					
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer			5.938.900,96		4.654.246,74
II. Sonstige Forderungen			2.223.342,96	8.162.243,92	2.008.505,58
davon:					
an verbundene Unternehmen: 1.111.104,82 Euro					(667.277,53)
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 Euro					(0,00)
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			146.561,16		177.246,16
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.547.844,58	1.694.405,74	1.282.249,73
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			18.934.558,97		18.688.392,83
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			845.603,97	19.780.162,94	1.072.798,84
			Summe der Aktiva	1.220.552.749,26	1.173.292.298,56

Ich bestätige hiermit gemäß § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Gelsenkirchen, 30. März 2009

Der Treuhänder

Dr. Reiner Foer

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG
 vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG
 47051 Duisburg

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008

Passivseite

	Euro	Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
Gewinnrücklagen			
Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		41.314.350,65	41.040.746,65
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung	1.152.803.711,00		1.108.718.123,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	763.484,14		236.000,00
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	<u>14.184.697,29</u>	1.167.751.892,43	14.225.927,79
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			
Deckungsrückstellung		35.239,49	8.623,25
D. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	727.886,00		979.624,00
II. Sonstige Rückstellungen	<u>6.907.418,03</u>	7.635.304,03	4.441.870,09
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	1.286.582,65		1.278.879,80
II. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.156.995,92</u>	3.443.578,57	1.918.650,95
davon:			
aus Steuern: 23.408,21 Euro			(0,00)
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,00 Euro			(6,85)
F. Rechnungsabgrenzungsposten		372.384,09	443.853,03
	Summe der Passiva	<u>1.220.552.749,26</u>	<u>1.173.292.298,56</u>

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 31. 7. 2008 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Köln, 30. März 2009

Der verantwortliche Aktuar

Hartmut Engbroks

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft VVaG
vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands VVaG
47051 Duisburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

Posten

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge			51.079.837,85	48.515.569,37
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			5.239.698,50	4.627.887,41
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		426.164,18		373.750,96
davon: aus verbundenen Unternehmen 233.546,66 Euro				(219.973,44)
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.627.453,18			6.418.672,53
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	47.596.689,72	54.224.142,90		47.974.030,54
c) Erträge aus Zuschreibungen		625.952,00		189.195,58
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		5.572.179,92	60.848.439,00	1.890.855,38
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge			78.795,56	0,12
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		48.526.641,66		48.770.313,89
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		527.484,14	49.054.125,80	25.000,00
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
Deckungsrückstellung			44.112.204,24	41.009.938,25
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			5.198.468,00	11.480.957,63
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb				
a) Abschlussaufwendungen		301.324,22		321.154,06
b) Verwaltungsaufwendungen		580.968,86	882.293,08	648.782,81
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		3.838.866,74		3.954.395,05
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		9.693.097,60		3.466.823,80
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.121.766,45	14.653.730,79	54.011,02
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			2.034,60	5,95
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			62.977,42	0,00
12. Versicherungstechnisches Ergebnis			3.280.936,98	258.579,43
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		686.250,47		3.199.111,68
2. Sonstige Aufwendungen		3.506.983,59	-2.820.733,12	748.541,90
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			460.203,86	2.709.149,21
4. Sonstige Steuern			186.599,86	209.149,21
5. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			273.604,00	2.500.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			273.604,00	2.500.000,00
7. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			0,00	0,00

Anhang

Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Beachtung des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt worden.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Grundstücke und Gebäude sind unter Berücksichtigung planmäßiger linearer Abschreibungen zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, ggf. vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB. Die in den Vorjahren vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen wurden beibehalten.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, ggf. vermindert um Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB.

Aktien und Investmentanteile sowie Inhaberschuldverschreibungen, mit Ausnahme von Inhaberpapieren mit Restlaufzeiten bei Erwerb von unter einem Jahr, sowie einer zum kurzfristigen Verkauf vorgesehenen Anleihe sind dem Anlagevermögen zugeordnet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Aktien des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB bilanziert.

Investmentanteile des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen auf einen niedrigeren Wert gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB bewertet; beschrieben wird auf den Marktwert oder auf einen im Rahmen einer Einzelanalyse der in den Fonds enthaltenen Titel ermittelten höheren beizulegenden Wert. Von einer Abschreibung auf den niedrigeren Börsenkurs wird abgesehen, wenn der Stichtagskurs auf einer nur vorübergehenden Wertminderung beruht (gemildertes Niederstwertprinzip). Die auf Grund der Zuordnung zum Anlagevermögen unterbliebenen Abschreibungen auf Investmentanteile betragen TEuro 2.634.

Bei den Inhaberschuldverschreibungen des Anlagevermögens erfolgt die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB zum beizulegenden Wert. Vorhandene Agien werden über die Laufzeit ratierlich aufgelöst. Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen wurden Abschreibungen in Höhe von TEuro 15.193 vermieden. Bonitätsbedingt wurden Abschreibungen auf Nachranganleihen in Höhe von TEuro 2.392 vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB bewertet.

Die sonstigen Ausleihungen werden unter Verteilung des Agios (TEuro

846) bzw. des Disagios (TEuro 187) auf die Laufzeit gemäß § 341c HGB mit den Nominalwerten bewertet. Agiobeträge sind als aktive, Disagio-beträge als passive Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und werden zeit- beziehungsweise kapitalanteilig aufgelöst.

Zum Bilanzstichtag befinden sich 25 Zerobond-Schuldscheindarlehen im Bestand, die zu Anschaffungskosten zzgl. kapitalisierter Zinsen ausgewiesen werden.

Bei der Bewertung der auf Fremdwährungen lautenden Wertpapiere und Zinsforderungen wird zusätzlich der jeweilige Devisenkurs vom 30.12.2008 zugrunde gelegt.

Die Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalwerten bilanziert.

Die unter den anderen Kapitalanlagen ausgewiesene Forderung an den Bundesverband Deutscher Banken aus einem notleidend gewordenen Bank-Schuldscheindarlehen wird mit dem im März 2009 erhaltenen Rückzahlungsbetrag bewertet.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden zum Zeitwert am Abschlussstichtag bewertet.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer sowie sonstige Forderungen sind, nach Abschreibungen erkennbar zweifelhafter Einzelbeträge und nach Abzug pauschaler Wertberichtigungen wegen des allgemeinen Kreditrisikos bei Forderungen an Versicherungsnehmer sowie Mieter, mit ihren

Anhang

Nennwerten bzw. verbleibenden Nennwerten bilanziert.

Die Sachanlagen und die immateriellen Werte werden linear abgeschrieben. Hierbei wird von der Vereinfachungsregelung des § 6 Abs. 2 Einkommensteuergesetz (EStG) Gebrauch gemacht. Die übrigen Aktivposten sind mit ihren Nominalwerten bilanziert, ggf. unter Berücksichtigung von Abschreibungen und Wertberichtigungen.

Die Deckungsrückstellung (Bilanzposten Passiva B.I.) und die Rückstellung für Beitragsrückgewähr sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen vom versicherungsmathematischen Sachverständigen geschäftsplangemäß errechnet. Hierbei ist die prospektive Methode mit impliziter Berücksichtigung der künftigen Kosten für den laufenden Versicherungsvertrag einzelvertraglich angewendet worden. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden für Beitragszahlungen bis 31.12.2003 die Richttafeln 1983

von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins in Höhe von 4% verwendet. Die für die einzelnen Teilbestände verwendeten Sterbewahrscheinlichkeiten wurden dabei entsprechend den Notwendigkeiten modifiziert. Dabei wurden die Sterbewahrscheinlichkeiten für Rentner und Witwen(r) altersabhängig auf bis zu 50% reduziert. Zusätzlich wurden die Verheiratungswahrscheinlichkeiten sowie die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten angepasst.

Für Beitragszahlungen ab 01.01.2004 werden die biometrischen Rechnungsgrundlagen den Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck entnommen, wobei die Sterbewahrscheinlichkeiten für Rentner und Witwen(r) auf bis zu 64% reduziert wurden. Zusätzlich wurden die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten angepasst. Der Rechnungszins beträgt für Altversicherungen 3%. Für Neumitglieder ab dem 01.01.2007 wird ein Rechnungszins von 2,25% verwendet.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird in Höhe der geschätzten Zahlungsansprüche gebildet.

Die Deckungsrückstellung für die Fondsgebundene Lebensversicherung errechnet sich einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode aus dem Wert der am Bilanzstichtag vorhandenen Fondsanteile, wobei die Bewertung gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert erfolgt.

Die Pensionsrückstellungen sind nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinssatz von 5,5% ermittelt. Die Herleitung der zu bewertenden Rentenanspruchsverläufe ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme bilanziert.

Die übrigen Passivposten sind mit ihren Nominalwerten bilanziert.

Weitere Pflichtangaben

Kapitalanlagen	31.12.2008				31.12.2007			
	Buchwerte Euro	Zeitwerte		Reserven		Reserven		
		(Swap)* Euro	(Spread)** Euro	(Swap)* Euro	(Spread)** Euro	(Swap)* Euro	(Spread)** Euro	
Grundstücke	82.117.131,99	93.411.029,00	93.411.029,00	11.293.897,01	11.293.897,01	10.330.779,84	10.330.779,84	
Beteiligungen	15.694.083,38	15.694.083,38	15.694.083,38	0,00	0,00	-41.949,40	-41.949,40	
Aktien	4.895.500,00	4.895.500,00	4.895.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Investmentanteile	163.917.713,82	161.564.493,24	161.564.493,24	-2.353.220,58	-2.353.220,58	8.463.134,31	8.463.134,31	
Festverzinsliche Wertpapiere	214.902.582,91	202.161.139,69	202.161.139,69	-12.741.443,22	-12.741.443,22	-3.027.759,59	-3.027.759,59	
Namens Titel	688.127.669,06	731.243.641,70	679.697.476,98	43.115.972,64	-8.430.192,08	-10.669.836,18	-19.200.836,18	
Andere Kapitalanlagen	5.000.000,00	5.000.000,00	5.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	1.174.654.681,16	1.213.969.887,01	1.162.423.722,29	39.315.205,85	-12.230.958,87	5.054.368,98	-3.476.631,02	

*Swap: ohne Risikoaufschläge auf Swapkurve (Ausweis bis Geschäftsjahr 2007) **Spread: mit Risikoaufschlägen (maßgebliche Beträge für die Überschussbeteiligung)

Anhang

In der vorstehenden Tabelle werden für die in § 54 RechVersV genannten Kapitalanlagen die nach den auf der vorherigen Seite dargestellten Grundsätzen ermittelten Buchwerte den wie nachfolgend beschrieben ermittelten Zeitwerten gegenübergestellt sowie die sich daraus ergebenden Salden dargestellt.

Die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Zero-Namenspapiere werden zwecks Ermittlung ihres Zeitwertes in ihre Bestandteile zerlegt und mit vereinfachten Annahmen einzeln bewertet. Hier stehen Buchwerten von TEuro 156.345 Zeitwerte von TEuro 151.362 gegenüber. Auf eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB wird verzichtet, da die Rückzahlungen der Anlagen bei Fälligkeit zum Nennwert erfolgen.

Ein im Bestand befindliches Schuldscheindarlehen mit Laufzeit verlängerndem Andienungsrecht wird zerlegt bilanziert. Weitere zerlegte Bilanzierungen werden nicht vorgenommen.

Die Bewertung der Namenspapiere erfolgt sowohl mit als auch ohne Zugrundelegung von Spreads (Risikoaufschlägen). Besondere Liquiditäts- oder Bonitätsrisiken, die eine Abwertung erforderlich gemacht hätten, sind nicht erkennbar.

Für die Zeitwert-Ermittlung der Wertpapiere wird der Börsenkurswert sowie ggf. der jeweilige Devisenkurs vom 30.12.2008 zugrunde gelegt.

Für die Grundstücke wurden die Marktwerte mit Hilfe von Gutachten nach dem Ertragswertverfahren ermittelt. Im abgelaufenen Jahr wurden sechs Neubewertungen von Wohnimmobilien vorgenommen, die in der Summe zu höheren Zeitwerten führen.

Zum Bilanzstichtag bestehen potenzielle Abnahmeverpflichtungen bis 2020 bei Ausübung der Andienungsrechte durch die Darlehensnehmerinnen aus strukturierten Multitranchen-Schuldscheindarlehen der Landesbank Baden-Württemberg Girozentrale, der Dresdner Bank AG, der HSBC Trinkaus & Burkhardt, der Westdeutschen Landesbank, der Stadtsparkasse Köln-Bonn sowie der NRW Bank in Höhe von insgesamt TEuro 250.000. Die Darlehensnehmerinnen sind aufgrund der vertraglichen Ausgestaltung der Schuldscheindarlehen berechtigt, aber nicht verpflichtet, der Darlehensgeberin insgesamt bis zum Jahre 2020 weitere Schuldscheine (Tranchen) in der ursprünglichen Darlehenshöhe zu den jeweils vereinbarten Konditionen anzudienen. Es besteht die Verpflichtung der Pensionskasse als Darlehensgeberin, die angedienten Schuldscheine abzunehmen und die Gegenwerte valutagerecht an die jeweilige Darlehensnehmerin zu zahlen.

Aus einem befristeten Mietvertrag bestehen potentielle Zahlungsverpflichtungen bis 2011 in Höhe von TEuro 155. Weitere Zahlungsverpflichtungen bestehen aus dem Verkauf eines Schuldscheindarlehen in

Höhe von TEuro 10.000 (Zeitwert TEuro 9.859) sowie dem Kauf einer Immobilie in München zum Preis von TEuro 2.970.

Im Geschäftsjahr wie im Vorjahr waren keine Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzfall Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können, verpfändet, zur Sicherheit übertragen oder hinterlegt. Ausgenommen sind die Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) sowie ein Wertpapier in Höhe von TEuro 2.500, das als Sicherheit für drei Avale hinterlegt wurde.

Auf die Angabe der Zusätze „Brutto“, „Netto“, „selbst abgeschlossen“ und „für eigene Rechnung“ wird verzichtet, da das Versicherungsgeschäft nicht in Rückdeckung gegeben worden ist. Leerpositionen in Bilanz und GuV werden weggelassen, wobei die Posten-Nummerierungen angepasst sind.

Aktiva

Die immateriellen Vermögensgegenstände umfassen ausschließlich die EDV-Software, deren Summe sich bei Zugängen von TEuro 149 und Abschreibungen von TEuro 29 von TEuro 36 auf TEuro 156 vermehrt hat.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen zeigt die folgende Tabelle. Je Anlageart sind die Zugänge, die Umbuchungen, die Abgänge, die Zuschreibungen und die Abschreibungen sowie die Bestände am Anfang und am Ende des Berichtsjahres ersichtlich. Bei Zugängen von TEuro

Anhang

239.495, Abgängen von TEuro 185.067, Zuschreibungen von TEuro 626 und Abschreibungen von TEuro 9.693 ist der Bestand von TEuro 1.145.364 auf TEuro 1.190.725 gestiegen.

Die **Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** enthalten weiterhin 17 Geschäftsgebäude und 20 Wohngebäude, von denen 4 Wohngebäude mit einem Bilanzwert von TEuro 484 auf Erbbaurechtsgrundstücken stehen. Zwei Wohngebäude wurden 2008 veräußert, zwei neue wurden erworben. Der Anteil aller Grundstücke an den Kapitalanlagen ist weiter leicht von 7,2% auf 6,9% gesunken. Außerplanmäßige Abschreibungen waren nicht erforderlich.

Anteile an verbundenen Unternehmen sind die 100%igen Beteiligungen an einer GmbH sowie einer GmbH & Co. KG. Beide Gesellschaften stehen in Zusammenhang mit der Verwaltung eigenen Grundbesitzes. Ihr Wert hat sich durch eine weitere Grundstückseinlage von TEuro 6.177 auf TEuro 10.937 erhöht.

Unter **Beteiligungen** wird der voll eingezahlte Anteil an einer Immobilien-Gesellschaft von unverändert TEuro 511 sowie die Anlage in zwei Beteiligungsgesellschaften für Private-Equity-Fonds ausgewiesen, die sich um Zugänge von TEuro 921 und Abschreibungen von TEuro 379 von TEuro 3.704 auf TEuro 4.246 erhöht hat. Die gesamte Einzahlungsverpflichtung für Private-Equity-Engage-

ments beläuft sich auf TEuro 10.000.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere haben bei Zugängen von TEuro 15.871, Abgängen von TEuro 119.873 und Abschreibungen von TEuro 3.899 absolut von TEuro 276.714 auf TEuro 168.813 abgenommen. Ihr Anteil an allen Kapitalanlagen hat ebenfalls auf 14,2% (Vj. 24,2%) abgenommen. Die Eigenanlagen in Aktien hiervon betragen TEuro 4.896.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere haben sich bei Zugängen von TEuro 83.684, Abgängen von TEuro 59.022, Zuschreibungen von TEuro 626 und Abschreibungen von TEuro 2.392 absolut von TEuro 192.007 auf TEuro 214.903 erhöht. Ihr Anteil an allen Kapitalanlagen hat von 16,8% auf 18,0% ebenfalls leicht zugenommen. Die ratierlichen Agioauflösungen auf die im Anlagevermögen befindlichen Inhaberpapiere nach § 341b HGB in Höhe von TEuro 371 werden unter den Abgängen mit erfasst.

Namenschuldverschreibungen haben bei Zugängen von TEuro 93.284 und Abgängen von TEuro 5.000 absolut von TEuro 166.346 auf TEuro 254.630 und relativ von 14,5% auf 21,4%, vom Gesamtbestand der Kapitalanlagen gerechnet, zugenommen.

Schuldscheinforderungen und Darlehen weisen Zugänge von TEuro 31.670 und Abgangs-Umbuchungen von TEuro 5.000 auf und haben absolut von TEuro 406.828 auf TEu-

ro 433.498 sowie relativ von 35,5% auf 36,4% der Kapitalanlagen zugenommen.

Einlagen bei Kreditinstituten wurden im Jahresverlauf für freie Mittel kurzfristig als Tages- oder Termingelder gehalten, bis sie in größeren Beträgen langfristig angelegt wurden. Der Schlussbestand beträgt zum Jahresende TEuro 16.070 (Vj. TEuro 10.360) oder 1,3% (Vj. 0,9%) aller Kapitalanlagen.

Andere Kapitalanlagen sind eine Forderung gegen den Bundesverband Deutscher Banken wegen eines notleidend gewordenen Bank-Schuldscheindarlehens.

Als **Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**n sind entsprechend § 14 RechVersV unter diesem Posten die Zeitwerte der Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung ausgewiesen. Diese Kapitalanlagen sind zur Bedeckung der entsprechenden Passiva bestimmt. Der Anlagestock besteht aus 385,679 Anteilseinheiten des Fonds MI-Fonds 434 Metzler PKDW International.

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer sind insbesondere Beiträge für 2008, die am 31.12.2008 fällig waren und überwiegend Anfang 2009 eingegangen sind. Sie betragen zum Jahresende TEuro 5.939 (Vj. TEuro 4.654). Abschreibungen von unter TEuro 1 (Vj. TEuro 0) wurden erforderlich.

Die **Sonstigen Forderungen** betreffen mit TEuro 290 (Vj. TEuro 296) fällige

Anhang

Mietforderungen. Diese sind um Wertberichtigungen von TEuro 117 (Vj. TEuro 66) gemindert. Weiterhin sind Forderungen an einen Investmentfonds von TEuro 542 (Vj. TEuro 995), Forderungen an verbundene Unternehmen mit TEuro 1.111 (Vj. TEuro 667), eine Zinsforderung von TEuro 199 (Vj. TEuro 0) aus einem Namenspapier, eine Zinsforderung von TEuro 61 (Vj. 0) gegenüber dem Bundesverband Deutscher Banken wegen eines Schuldscheindarlehens, eine Forderung aus Abschlagszahlung von TEuro 0 (Vj. TEuro 48) sowie weitere kleinere Forderungen mit zusammen TEuro 20 (Vj. TEuro 3) enthalten.

Die **Sachanlagen und Vorräte** betreffen die der Geschäftsstelle dienende Ausstattung sowie die Einbauten in gemieteten Räumen. Der Bestand der Sachanlagen und Vorräte hat bei Zugängen von TEuro 18 (Vj. TEuro 25) und Abschreibungen in Höhe von TEuro 48 (Vj. TEuro 52) von TEuro 177 auf TEuro 147 abgenommen.

Die **Laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand** sind die Bestände der Kasse mit TEuro 4 (Vj. TEuro 3) sowie die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten mit einer Summe von TEuro 1.544 (Vj. TEuro 1.279).

Rechnungsabgrenzungsposten betreffen noch nicht fällige Zinsforderungen aus Sonstigen Ausleihungen mit TEuro 11.556 (Vj. TEuro 11.995), aus festverzinslichen Wertpapieren mit TEuro 5.677 (Vj. TEuro 5.207) und aus Termingeldern mit TEuro 1

(Vj. TEuro 3), sowie Mietforderungen aus noch nicht abgerechneten Nebenkosten mit TEuro 1.701 (Vj. TEuro 1.483). Letzteren stehen geleistete Abschlagszahlungen gegenüber, die als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen sind. Weiterhin sind hier Agiobeträge für Sonstige Ausleihungen mit TEuro 846 (Vj. TEuro 1.073) enthalten.

Anhang

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2008

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr TEuro	Zugänge TEuro	Um- buchungen TEuro	Abgänge TEuro	Zuschrei- bungen TEuro	Abschrei- bungen TEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TEuro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	36	149				29	156
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	82.717	3.595		1.172		3.023	82.117
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	6.177	4.760					10.937
2. Beteiligungen	4.215	921				379	4.757
3. Summe B. II.	10.392	5.681				379	15.694
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	276.714	15.871		119.873		3.899	168.813
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	192.007	83.684		59.022	626	2.392	214.903
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	166.346	93.284		5.000			254.630
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	406.828	31.670	-5.000				433.498
4. Einlagen bei Kreditinstituten	10.360	5.710					16.070
5. Andere Kapitalanlagen			5.000				5.000
6. Summe B. III.	1.052.255	230.219	0	183.895	626	6.291	1.092.914
insgesamt	1.145.400	239.644	0	185.067	626	9.722	1.190.881

Anhang

Passiva

Die **Verlustrücklage gemäß § 37 VAG** hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEuro 274 von TEuro 41.041 auf TEuro 41.314 erhöht.

Die **Deckungsrückstellung** unter Bilanzposten **B. Versicherungstechnische Rückstellungen** hat sich aufgrund höherer Anwartschaften und Ansprüche um TEuro 44.086 von TEuro 1.108.718 auf TEuro 1.152.804 erhöht.

Die **Deckungsrückstellung** unter Bilanzposten **C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird** wurde für Ansprüche aus Beiträgen nach Tarif E in Höhe von TEuro 35 gebildet und errechnet sich einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode aus dem Wert der am Bilanzstichtag vorhandenen Fondsanteile, wobei die Bewertung gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert erfolgt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** enthält individuell und pauschal ermittelte Beträge für laufende Pensionen, die nach Erfüllung der Zahlungsvoraussetzungen ausgezahlt werden. Sie hat sich von TEuro 236 um TEuro 527 auf TEuro 763 erhöht.

Die **Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)** hat sich von TEuro 14.226 auf TEuro 14.185 reduziert. Grund waren einerseits die Entnahme von TEuro 5.219 (Vj. TEu-

ro 4.584) zur Finanzierung der beschlossenen Leistungserhöhung ab 01.07.2008 sowie die Entnahme von TEuro 21 (Vj. TEuro 44) im Tarif V zur Finanzierung von Zurechnungszeiten. Andererseits wurde die Rückstellung um TEuro 5.199 (Vj. TEuro 11.481) für zukünftige Überschussbeteiligungen von Mitgliedern und Rentnern erhöht.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** decken mit TEuro 728 (Vj. TEuro 980) dienstvertragliche Versorgungsverpflichtungen ab.

Die **Sonstigen Rückstellungen** von TEuro 6.907 (Vj. TEuro 4.442) sind gebildet im Wesentlichen für Risiken aus der Gleichstellung von Frauen und Männern. Daneben bestehen noch Rückstellungen für Prozesskosten, Resturlaub, Jahresabschlusskosten, Grundstücksaufwendungen sowie zwei weitere kleinere Posten.

Die **Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern** mit TEuro 1.287 (Vj. TEuro 1.279) sind hauptsächlich Überzahlungen und für 2009 vorausgezählte Beiträge.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit TEuro 1.701 (Vj. TEuro 1.483) Abschlagszahlungen auf noch nicht abgerechnete Betriebskosten der Häuser, mit TEuro 118 (Vj. TEuro 103) Verbindlichkeiten gegenüber Mietern, mit TEuro 22 (Vj. TEuro 0) Umsatzsteuer-Verbindlichkeiten, mit TEuro 12 (Vj. TEuro 12) Sicherheits-einbehalte gegenüber Handwerkern und mit TEuro 81 (Vj. TEuro 92)

Verbindlichkeiten aus Honoraren. Weitere TEuro 212 (Vj. TEuro 212) entfallen auf die Optionsprämie für eine Multitranchen-Ausleihung. Der Rest entfällt auf kleinere Posten mit zusammen TEuro 11 (Vj. TEuro 17).

Die **Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten im Wesentlichen die Abgrenzungen für die Überzinsen von Schuldscheindarlehen mit Sonderausstattungen von TEuro 122 (Vj. TEuro 163), Disagien bei Sonstigen Ausleihungen mit TEuro 187 (Vj. TEuro 210) und Mietvorauszahlungen mit TEuro 63 (Vj. TEuro 71).

Anhang

Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Verdienten Beiträge** (ohne übernommene Anwartschaften) sind ausschließlich Beitragseinnahmen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft. Sie zeigen folgende Entwicklung:

Beitragsart	2008 TEuro	2007 TEuro	Veränderungen	
			TEuro	%
Laufende Beiträge				
1. Firmenmitglieder	46.127	43.474	+ 2.653	+ 6,10
2. Einzelmitglieder	4.808	4.814	- 6	- 0,12
	50.935	48.288	+ 2.647	+ 5,48
Einmalbeiträge				
1. Firmenmitglieder	36	132	- 96	
2. Einzelmitglieder	0	0	+ 0	
3. Übernommene Anwartschaften	109	96	+ 13	
	145	228	- 83	
Gesamtbeiträge	51.080	48.516	+ 2.564	+ 5,28

Insgesamt sind die Beiträge gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die laufenden Beiträge haben im Berichtsjahr weiter um TEuro 2.647 (Vj. TEuro 1.203) oder 5,48% (Vj. 2,55%) zugenommen. Die Einmalbeiträge sind um TEuro 83 zurückgegangen (Vj. TEuro 162).

Die **Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung** sind mit TEuro 5.219 (Vj. TEuro 4.584) Beträge zur Finanzierung der in die Deckungsrückstellung eingestellten Gewinnanteile ab 01.07.2008 sowie mit TEuro 21 (Vj. TEuro 44) Beiträge zur Finanzierung von Zurechnungszeiten im Tarif V.

Die **Erträge aus Beteiligungen** (GuV-Position I.3.a)) beinhalten im Wesentlichen mit TEuro 233 (Vj. TEuro 220) den Jahresüberschuss der verbundenen KG. Daneben sind noch Erträge in Höhe von TEuro 193 (Vj. TEuro 154) aus weiteren Beteiligungen enthalten.

Die **Grundstückserträge** (GuV-Position I.3.b)aa)) beinhalten im Geschäftsjahr entstandene Mieterträge mit TEuro 5.222 (Vj. TEuro 4.967) sowie Abrechnungserträge mit TEuro 1.405 (Vj. TEuro 1.452). Die von der KG verwalteten

Immobilien haben Mieterträge von TEuro 576 (Vj. 554) erzielt.

Die **Erträge aus anderen Kapitalanlagen** (GuV-Position I.3.b)bb)) enthalten:

	2008 TEuro	2007 TEuro
Zinsen für		
Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	31.583	25.236
Wertpapiere und Anteile	15.983	22.838
Festgelder, Termingelder und Sparguthaben bei Kreditinstituten	235	233
und ähnliche Erträge aus Agien und Disagien von Darlehen und Kostenerstattungen	- 204	- 333
	47.597	47.974

Die **Erträge aus Zuschreibungen** sind teilweise rückgängig gemachte Kurswertabschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens, die mit TEuro 626 (Vj. TEuro 189) angesetzt wurden.

Die **Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen** sind mit TEuro 1.951 (Vj. TEuro 1.891) bei Wertpapieren und mit TEuro 3.621 (Vj. TEuro 0) bei Grundstücken angefallen.

Die **Sonstigen versicherungstechnischen Erträge** enthalten mit TEuro 79 (Vj. TEuro 0) überwiegend Ausbuchungen von Konto- und Überweisungsdifferenzen.

Die **Aufwendungen für Versicherungsfälle** sind die mit unbefristetem Rechtsanspruch gewährten Pensionen mit TEuro 48.097 (Vj. TEuro 48.371) zuzüglich Beitragsrückgewähren mit TEuro 3 (Vj. TEuro 0), abgegebenen Anwartschaften mit TEuro 120 (Vj. TEuro 48) und Regulierungsaufwendungen von TEuro 307 (Vj. TEuro 351) sowie die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle mit TEuro 527 (Vj. TEuro 25). Die Regulierungsaufwendungen wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Anhang

Die Pensionszahlungen haben sich wie folgt entwickelt:

	2008 TEuro	2007 TEuro	Veränderungen	
			TEuro	%
Alterspensionen	39.639	39.844	- 205	- 0,51
Berufsunfähigkeitspensionen	1.218	1.351	- 133	- 9,84
Witwen(r)pensionen	7.174	7.102	+ 72	+ 1,01
Waisenpensionen	66	74	- 8	- 10,81
	<u>48.097</u>	<u>48.371</u>	<u>- 274</u>	<u>- 0,57</u>

Die gezahlten Pensionen haben um TEuro 274 (Vj. Zunahme TEuro 929) oder 0,57% (Vj. +1,96%) abgenommen. Die Regulierungsaufwendungen wurden auf Basis der Personalaufwendungen mit dem errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Die durchschnittlichen Jahresbeträge je Pensionär haben sich wie folgt verändert:

Jahresbetrag je Empfänger von	2008 Euro	2007 Euro	Veränderungen	
			Euro	%
Alterspension	3.960	4.084	- 124	- 3,04
Berufsunfähigkeitspension	3.866	4.070	- 204	- 5,01
Witwen(r)pension	2.045	2.059	- 14	- 0,68
Waisenpension	668	598	+ 70	+ 11,71
Gesamt	<u>3.452</u>	<u>3.541</u>	<u>- 89</u>	<u>- 2,51</u>

Die **Veränderung der Deckungsrückstellung** enthält die versicherungsmathematisch notwendigen Zuweisungen zur Deckungsrückstellung aufgrund gestiegener Verpflichtungen aus höheren Anwartschaften und Ansprüchen.

Unter **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** sind ausschließlich Aufwendungen aus der Kostenverteilung auf die Funktionsbereiche ausgewiesen, die mit TEuro 301 (Vj. TEuro 321) als Abschlussaufwendungen und mit TEuro 581 (Vj. 649) als Verwaltungsaufwendungen angefallen sind. Die Aufwendungen wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Die **Aufwendungen für Kapitalanlagen** haben sich von TEuro 7.475 um TEuro 7.179 auf TEuro 14.654 stark erhöht. Ursachen hierfür sind hauptsächlich höhere außer-

planmäßige Abschreibungen auf Wertpapiere und Beteiligungen von TEuro 6.670 (Vj. TEuro 239). Mindernd wirkten sich geringere außerplanmäßige Abschreibungen auf Immobilien von TEuro 0 (Vj. TEuro 174) aus. Die Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen haben mit TEuro 1.122 (Vj. TEuro 54) ebenfalls zu der Steigerung beigetragen und resultieren fast ausschließlich aus Rentenpapieren.

Die übrigen Aufwendungen für Kapitalanlagen (im Wesentlichen Grundstücksaufwendungen und Aufwendungen aus der Kostenverteilung) haben hauptsächlich wegen geringerer Aufwendungen aus der Kostenverteilung von TEuro 3.954 auf TEuro 3.839 leicht abgenommen.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen gliedern sich in:

	2008 TEuro	2007 TEuro
Verwaltungsaufwendungen für Grundstücke	3.003	2.994
persönliche Aufwendungen	487	480
sonstige Büro- und Sachaufwendungen	94	276
Depotgebühren	34	39
Treuhänderkosten	14	14
Veränderung der Rückstellung für Grundstücksaufwand	5	5
Honorare	202	146
Diverse Kleinbeträge	0	0
	<u>3.839</u>	<u>3.954</u>
Abschreibungen auf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	3.023	3.228
Kurswertberichtigungen auf Wertpapiere, Investmentanteile und Beteiligungen	6.670	239
	<u>9.693</u>	<u>3.467</u>
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>1.122</u>	<u>54</u>

Anhang

Die **Nicht realisierten Verluste aus Kapitalanlagen** enthalten mit TEuro 2 (Vj. TEuro 0) negative Kurswertkorrekturen der auf der Bilanz-Aktivseite ausgewiesenen Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice.

Als **Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen** werden mit TEuro 63 (Vj. TEuro 0) Ausbuchungen von Konto- und Überweisungsdifferenzen ausgewiesen.

Unter den **Sonstigen Erträgen** von TEuro 686 (Vj. TEuro 3.199) sind hauptsächlich Schadensersatzzahlungen (TEuro 475; Vj. TEuro 2.568), Zinsen aus Rechtsstreitigkeiten (TEuro 1; Vj. TEuro 553), Zinsen auf laufende Bankguthaben (TEuro 62; Vj. TEuro 23), Auflösungen nicht versicherungstechnischer Rückstellungen (TEuro 64; Vj. TEuro 13), Erträge aus Dienstleistungen (TEuro 16; Vj. TEuro 16), Erstattungen von Rechtskosten (TEuro 45; Vj. TEuro 12), Zahlungen auf ausgebuchte Forderungen (TEuro 11; Vj. TEuro 9) sowie weitere kleinere Posten mit zusammen TEuro 12 (Vj. TEuro 5) ausgewiesen.

Die **Sonstigen Aufwendungen** von TEuro 3.507 (Vj. TEuro 749) haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht und betreffen Zinsen mit TEuro 56 (Vj. TEuro 60), Abschreibungen auf Forderungen mit TEuro 119 (Vj. TEuro 50), weitere Zuführungen zur Rückstellung wegen Risiken aus der Gleichstellung von Frauen und Männern mit TEuro 2.515 (Vj. TEuro 0) sowie mit TEuro 817 (Vj. TEuro 639) Personal- und Sachaufwendungen aus der Kostenverteilung, die den Funktionsbereichen nicht direkt zugeordnet werden konnten. Letztere wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt.

Die **Sonstigen Steuern** enthalten im Wesentlichen Grundsteuer mit TEuro 186 (Vj. TEuro 209) sowie Kfz-Steuer.

Einstellungen in die Verlustrücklage gemäß VAG § 37 und § 16 der Satzung wurden in Höhe des Jahresüberschusses von TEuro 274 (Vj. TEuro 2.500) vorgenommen.

Anhang

Persönliche Aufwendungen Mitarbeiter Sonstiges

Die **Persönlichen Aufwendungen** wurden mit einem auf Basis der Personalaufwendungen neu errechneten Prozentsatz aus den Verwaltungskosten ermittelt und ergeben sich aus folgender Tabelle:

	2008 TEuro	2007 TEuro
1. Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsfällen, Rückkäufen und Rückgewährbeträgen	218.953	261.027
2. Aufwendungen für den Abschluss von Versicherungsverträgen	177.900	212.085
3. Aufwendungen für die Verwaltung von Versicherungsverträgen	396.853	473.112
4. Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	410.538	489.426
5. Sonstige Aufwendungen	164.215	195.770
6. Persönliche Aufwendungen insgesamt	<u>1.368.459</u>	<u>1.631.420</u>
Zusammensetzung:		
a) Löhne und Gehälter	1.452.375	1.426.251
b) soziale Abgaben u. Ä.	171.311	174.711
c) Aufwand für Altersversorgung	– 255.227	30.458

Die **Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer** betrug im Berichtsjahr durchschnittlich 25 (Vj. 29), davon angestellt in Vollzeit 11 (Vj. 12) weibliche und 9 (Vj. 9) männliche Mitarbeiter und in Teilzeit 5 (Vj. 8) Mitarbeiterinnen.

Die PKDW ist mit 100% an den **Tochtergesellschaften** PKDW-Verwaltungs GmbH und PKDW Grundstücks-GmbH & Co. KG beide mit Sitz in Duisburg beteiligt. Das

Eigenkapital der GmbH beträgt TEuro 25 (Vj. TEuro 25), das der KG TEuro 10.905 (Vj. TEuro 6.145). Die Jahresabschlüsse per 31.12.2008 ergaben Überschüsse in Höhe von TEuro 2 (Vj. TEuro 2) für die GmbH und von TEuro 234 (Vj. TEuro 220) für die KG.

Organe

Die Namen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind auf Seite 4 aufgeführt. Kredite an Vorstandsmitglieder sind nicht vergeben. Für zwei ausgeschiedene Vorstandsmitglieder sind Pensionsrückstellungen von TEuro 432 (Vj. TEuro 714) gebildet. Die Pensionszahlungen hieraus betragen TEuro 49 (Vj. TEuro 49). Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden im Jahre 2008 TEuro 40 (Vj. TEuro 37) an Aufwandsentschädigungen gezahlt. Die Bezüge der Vorstandsmitglieder betragen im Geschäftsjahr TEuro 365 (Vj. TEuro 327) an Gehältern und TEuro 19 (Vj. TEuro 19) an Sachbezügen.

Duisburg, 13. März 2009

Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft
vormals Pensionskasse der chem. Industrie
Deutschlands

Der Vorstand
Bernd Walgenbach Andreas Fritz

Köln, 30. März 2009

Der verantwortliche Aktuar
Hartmut Engbroks

Gelsenkirchen, 30. März 2009

Der Treuhänder
Dr. Reiner Foer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft (vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands) Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Duisburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen wer-

den die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft (vormals Pensionskasse der chemischen Industrie Deutschlands) Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, ver-

mittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, 1. April 2009

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
(vormals KPMG Deutsche Treuhand-
Gesellschaft Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)

Peter Beerlage,
Wirtschaftsprüfer

Wolfgang Fleischerowitz,
Wirtschaftsprüfer



Pensionskasse für die Deutsche Wirtschaft

vormals Pensionskasse der chemischen
Industrie Deutschlands

Sie erreichen uns:

Briefe:

Postfach 10 10 54
47010 Duisburg

Anschrift:

Am Burgacker 37
47051 Duisburg
Telefon (02 03) 9 92 19-0
Telefax (02 03) 9 92 19-38
E-Mail: info@pkdw.de
Internet: www.pkdw.de